

Benedikt Brunner

»Außenpolitik und Öffentlichkeit seit dem 19. Jahrhundert«.
Tagung des Zentrums für Medien und Interaktivität Gießen und
des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,
2. bis 4. Februar 2012 in Gießen

Primäre Zielsetzung der Tagung war, den Dialog zwischen Diplomatie-, Kultur- und Mediengeschichte zu fördern und neue Perspektiven auf ein klassisches Forschungsfeld der deutschen Geschichtswissenschaft zu eröffnen.

In seiner Begrüßung verdeutlichte *Frank Bösch* (Potsdam) die Bedeutung medialer Innovationen für die Gesellschaft. Dies sei schon in ganz unterschiedlichen Kontexten nachgewiesen worden, so etwa im Bereich Kirche/Religion oder anhand von transnationalen Medienereignissen. Insgesamt werde die Bedeutung des Medienwandels für die historischen Wissenschaften inzwischen stärker wahrgenommen als bisher. In diesem noch keineswegs abgearbeiteten Bereich sei vor allem die Frage zu stellen, wie der Wandel von Medien und von Öffentlichkeit auf die Außenpolitik gewirkt habe.

Peter Hoeres (Gießen) wies auf zentrale Zugänge und Perspektiven zum Verhältnis von Außenpolitik und Öffentlichkeit hin. Trotz der Veröffentlichungen von Wikileaks – und ganz abgesehen vom gezielten Geheimnisverrat – sei die Relevanz von Geheimnissen für die Struktur des Verhältnisses von Außenpolitik und Öffentlichkeit bedeutsam. Im Zentrum der Tagung stehe also die Analyse dieser strukturellen Beziehung anhand von historischen Fallbeispielen. Wie Arkanpolitik und Transparenz, Öffentlichkeit und außenpolitische Akteure zueinander stehen, sollte dabei ebenso untersucht werden wie die wechselseitigen Beobachtungen und transnationalen Transfers zwischen verschiedenen Medienöffentlichkeiten. Die Meistererzählung von einer Geheim- und Kabinettpolitik, so Hoeres' Hypothese, die zunehmend in die Öffentlichkeit gedrängt und von dieser mehr und mehr beeinflusst worden sei und dabei Schritt für Schritt erodierte, sei dezidiert infrage zu stellen. Je nach medialer Strukturierung und historischer Konstellation der Gesellschaften formiere sich die Beziehung zwischen Arkanpolitik und Öffentlichkeit neu.

Das erste Panel zu dem Thema »Neuformierung der Diplomatie im Zeitalter der Massenpresse?« wurde von *Andreas Fahrmeir* (Frankfurt a.M.) eröffnet, der sich mit der Frage, was eigentlich einen außenpolitischen Akteur konstituiere, auseinandersetzte und dabei vor allem nach einem transepochnalen Definitionsraster suchte. Eine besondere Schwierigkeit bestehe in den Abgrenzungsprozessen zwischen den Sphären des Inneren und des Äußeren. Außerdem sei der Frage nachzugehen, was diese prekären Grenzen ins Bewusstsein rufen würde, also wie gesellschaftlich-kulturell Außenpolitik konstruiert wird.

Rolf Ahmann (Münster) zeichnete die Relationen von Außenpolitik und öffentlicher Meinung in Großbritannien im Zeitraum vom Krimkrieg bis zur Postulierung der »Policy of Non-Intervention« (1854–1866) nach. Ahmann unterstrich die große Bedeutung, die die öffentliche Meinung auf die außenpolitischen Entscheidungsprozesse in Großbritannien schon zu diesem frühen Zeitpunkt gehabt habe. Dabei habe diese erst kriegstreibend, zehn Jahre später aber pazifizierend gewirkt.

Im zweiten Panel ging *Friedrich Kießling* (Nürnberg-Erlangen) der Frage nach dem »Paradox der Geheimdiplomatie« vor 1914 nach. Im Zentrum stand dabei die Frage nach den unterschiedlichen Modi, durch welche die Außenpolitik und die Diplomaten die Öffentlichkeit in ihre Politikartikulation einbezogen hätten. Dabei sei die Öffentlichkeit in der Regel als Bedrohung für die Außenpolitik wahrgenommen worden, wenn auch gelegentlich bewusst Informationen weitergegeben worden seien. Ein fortschreitender Verlust der Deutungsmacht in den Jahren vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs habe aber kaum zu einer Anpassung an die diversen Medienlogiken geführt – die jedoch durchaus Einfluss hatten –, vielmehr zu Versuchen, die außenpolitischen Entscheidungsprozesse noch geheimer zu gestalten.

Andreas Rose (Bonn) betonte ebenfalls, dass der Bedeutungszuwachs der Öffentlichkeit vonseiten der Diplomaten als eine Bedrohung wahrgenommen worden sei. Am Beispiel der öffentlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien vor 1914 zeigte er das nicht unproblematische Spannungsfeld auf, in dem sich Außenpolitik und Öffentlichkeit befunden hätten. Er wies dabei überzeugend auf die Austauschprozesse zwischen den verschiedenen nationalen Medien hin. Dabei sei der »Anglo-German antagonism« ein Dauerbrenner in der medialen Berichterstattung gewesen. Britische Medien konstruierten dabei eine angebliche deutsche Bedrohung durch die Flottenrüstung. Es sei deshalb wichtig, die Medien als eigenständige Akteure wahrzunehmen, die sowohl Aufschlüsse über die innenpolitischen Motivlagen eröffnete, als auch einen kulturgeschichtlichen Zugriff erleichtere.

Das dritte Panel der Konferenz befasste sich mit dem Themenfeld »Außenpolitik und Propaganda in der Epoche der Weltkriege«. *Sönke Neitzel* (Glasgow) sprach über den Konnex von Propaganda, Zensur und Medien im Ersten Weltkrieg. Auch wenn Kriege in gewisser Weise schon immer Medienereignisse waren, so sei doch für den Ersten Weltkrieg eine verdichtete Medialisierung festzustellen. In diesem Krieg sei die Durchführung und Perzeption (von der Entstehung des Krieges ganz zu schweigen) desselben massiv durch die Medienöffentlichkeit beeinflusst worden. Bei der Erforschung der Frage, wie wirksam Propaganda letztlich war, bei der Konstituierung des »Burgfriedens« beispielsweise oder bei der Legitimation des Krieges generell, werde ein großes methodisches Problem virulent. Am Beispiel der Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges verdeutlichte Neitzel anschaulich, wie durch eine Kampagne in der Öffentlichkeit nach einem entsprechenden Tirpitz-Interview eine außenpolitische Entscheidung quasi erzwungen wurde.

Karl Heinrich Pohl (Kiel) beleuchtete das Verhältnis Gustav Stresemanns zur Öffentlichkeit. Zunächst unterstrich Pohl, dass Außenpolitik und außenpolitische Entscheidungen sich in wechselseitigen Interaktionen mit der Öffentlichkeit befunden hätten. Beide hätten sich gegenseitig beeinflusst und seien hierbei unterschiedlich erfolgreich gewesen. Gustav Stresemann habe sich sehr gut auf den Umgang mit den Medien verstanden, war er doch selbst recht früh für verschiedene Zeitungen tätig und in seinen verschiedenen Funktionen auch immer wieder publizistisch aktiv. Stresemanns Umgang mit den Medien im Fall des Abschlusses der Locarno-Verträge nutzte Pohl abschließend als ein Fallbeispiel, um das problematische Wechselverhältnis zwischen Öffentlichkeit und Stresemanns Außenpolitik zu verdeutlichen.

Bernd Sösemann (Berlin) trug über den Zusammenhang von Propaganda, Medien und Außenpolitik vor. Zunächst einmal sei zu fragen, ob es in Diktaturen überhaupt so etwas wie eine Öffentlichkeit gebe. Sösemann bejahte dies und definierte sie als eine Öffentlichkeit, die als Hauptziel staatstragend zu sein habe. Bei einem Artikel werde als erstes danach gefragt, was dieser zur Erreichung der Staatsziele beitragen könne. Allerdings habe es, wenn auch in sehr begrenztem Ausmaße, im Rahmen diktatorischer Öffentlichkeiten Einfallstore gegeben, durch die eine kritische Debatte eröffnet werden konnte. Als ein Beispiel sei hier die *Frankfurter Zeitung* zu nennen, der es vereinzelt gelungen sei, Debatten anzustoßen.

Das dritte Panel legte einen Fokus auf die deutsch-deutsche und globale Öffentlichkeit in der Außenpolitik. Hermann Wentker (Berlin/Leipzig) referierte über das Verhältnis von DDR-Außenpolitik und deutsch-deutscher Öffentlichkeit. Wentker negierte die Existenz einer autonomen Öffentlichkeit in der DDR aufgrund der Herrschaft und Kontrolle der SED. Nur zwei Mal, 1953 und 1989, sei es gelungen, regimeunabhängige Öffentlichkeiten zu erzeugen. Dazu passe, dass auch die DDR-Außenpolitik sich in engen Grenzen bewegt habe. Allerdings sei insbesondere die Medienlandschaft Westdeutschlands aufmerksam verfolgt worden, sodass man von einem gemeinsamen Kommunikationsraum sprechen könne. Öffentlichkeit habe ansonsten in der DDR-Außenpolitik nur selten eine Rolle gespielt. Nicht zu unterschätzen seien jedoch die wechselseitigen Einflüsse des gemeinsamen deutsch-deutschen Kommunikationsraumes auf die Formulierung der Außenpolitiken.

Jürgen Dinkel (Gießen) präsentierte ein Beispiel einer globalen Öffentlichkeit anhand des Nachrichtenpools bündnisfreier Staaten (1975–1989). Er ging hierbei der Frage nach, warum die Dekolonisation nicht zu einem Wandel der internationalen Medienpolitik geführt habe. In der Weltnachrichtenordnung hätten die großen Nachrichtenagenturen des Westens trotz der Gründung nationaler Agenturen in Afrika und Asien ihre Monopolstellung behalten. Der Aufbau eigener Nachrichtenstrukturen habe auch der Explikation der Kritik an der westlichen Berichterstattung gedient. Leider sei zu konstatieren, dass die zur Verfügung gestellten Informationen des Nachrichtenpools vielfach einfach nicht abgerufen worden seien.

Im vierten Panel sollte die Bedeutung der Öffentlichkeit im Rahmen des Ost-West-Dialogs während des Kalten Krieges analysiert werden. Ariane Leendertz (München) sprach über die Neuverortungen im amerikanisch-europäischen Verhältnis der 1970er Jahre. In dieser Zeit sei es zu vielfältigen Verschiebungen zwischen den USA und Europa gekommen. Die amerikanische Außenpolitik sei dabei eng mit den Veränderungen im Inneren verwoben gewesen. In der amerikanischen Selbstdiagnose seien zwei Diskurse vorherrschend gewesen: zum einen die Rede von einer Zeit des Übergangs, bzw. eines neuen Zeitalters, zum anderen wurde eine »Crisis of confidence« festgestellt. Insgesamt seien die 1970er Jahre als eine Umbruchszeit wahrgenommen worden, in denen sich die wechselseitigen Perzeptionen verändert hätten, ehe sie sich dann in den 1980er Jahren wieder auf der Basis älterer Muster stabilisierten. Dabei hätten die Öffentlichkeiten auf beiden Seiten des Atlantiks eine wichtige Rolle bei der Vermittlung dieser Positionen gespielt.

Im fünften Panel wurde über Rüstungsdiplomatie und Öffentlichkeit gesprochen. Peter Hoeres (Gießen) beleuchtete überzeugend die Rolle der bundesdeutschen Öffentlichkeit bei der Stationierung von Atomwaffen in Deutschland in den 1960er Jahren. Bislang sei die Bedeutung der Öffentlichkeit in den Debatten über eine gemeinsame Atomflotte, der Frage der nuklearen Mitbestimmung oder über den Abschluss des Nichtverbreitungsvertrages nicht ausreichend berücksichtigt

worden. Hoeres zeigte an diesen Beispielen überzeugend auf, dass die Öffentlichkeit ein modifizierendes respektive suspensives Veto auf außenpolitische Entscheidungen haben konnte. Die Journalisten hätten dabei vor allem als Stichwortgeber fungiert. Er wies ferner darauf hin, dass in diesem Zusammenhang eine stärkere Berücksichtigung von Phänomenen wie Vertrauen und Angst sehr fruchtbar sein könne.

Tim Geiger (Berlin) analysierte den Zusammenhang zwischen NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung. Er legte seinen Fokus hierbei auf die Wahrnehmung der Friedensbewegung aufseiten der Regierung. Im Zuge der enormen Proteste sei es zu Bemühungen gekommen, die eigene Politik besser verständlich zu machen, beispielsweise durch einen jährlichen Abrüstungsbericht. Geändert hätten allerdings sämtliche Proteste nichts am Zustandekommen des Doppelbeschlusses, wohl aber habe der öffentlichkeitswirksame Protest zu einer Veränderung des Politikstils geführt.

Im Mittelpunkt des sechsten und letzten Panels stand die Frage nach dem Verhältnis von Außenpolitik und Öffentlichkeit in der Gegenwart. *Manfred Görtemaker* (Potsdam) informierte kundig über dieses Verhältnis in der Berliner Republik. Dort habe sich ein Hauptstadtjournalismus ausgeprägt, der vor allem auf Schnelligkeit setze; es lasse sich also ein beschleunigtes Wechselverhältnis zwischen Außenpolitik und Öffentlichkeit konstatieren. Anhand von Meinungsumfragen zeigte Görtemaker schließlich, wie sich das Handlungsfeld der deutschen Außenpolitik, etwa in der Europa- oder der Antiterrorpolitik, erweitert habe.

Henrike Viehrig (Bonn) sprach über Öffentlichkeit und Auslandseinsätze nach dem von ihr kritisch betrachteten sogenannten CNN-Effekt. Auslandseinsätze als eine spezifische Form der Außenpolitik stünden immer unter besonderer Beobachtung durch die Öffentlichkeit. Die Palette an Möglichkeiten, durch die sich die Bundesregierung beteiligen könne, habe sich in den letzten 15 Jahren signifikant erweitert. Viehrig prognostizierte, dass künftig besonders wichtige und öffentlichkeitswirksame Entscheidungen nicht gegen eine breite Bevölkerungsmehrheit durchgesetzt werden könnten, die Rolle der Medien bleibe auch weiterhin von ganz erheblicher Bedeutung.

Insgesamt haben die einzelnen Vorträge deutlich gemacht, dass es sich bei der Verbindung von Mediengeschichte und einer erneuerten Geschichte der internationalen Beziehungen um einen fruchtbaren und zukunftsfruchtigen Ansatz handelt. Dies auch in dem Sinne, dass es noch eine Menge für künftige Forschungsarbeiten zu tun gibt. Allerdings wäre wünschenswert, dass vor allem der recht schillernde Öffentlichkeitsbegriff in nachfolgenden Forschungen genauer definiert wird, auch die Abgrenzung zwischen den Sphären Innen und Außen ist noch nicht genügend geklärt.

Der Tagungsband wird im Wallstein-Verlag erscheinen.

Joachim Rees

»Treading the Border. Topographical Drawing, Military Sketching and Visual Espionage in Europe from the 16th to the 20th Century«. Internationales Arbeitsgespräch an der Freien Universität Berlin, Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften, Kunsthistorisches Institut, 3. Februar 2012 in Berlin

Im Zeichen der vielfach bemühten Metapher »Mars und die Musen« haben sich militär- und kulturgeschichtliche Forschungsansätze im Epochenhorizont der europäischen Frühen Neuzeit in den letzten Jahren erkennbar angenähert. Die Kunstgeschichte ist an dieser historischen Dimensionierung frühneuzeitlicher »Kulturen des Militärischen« primär durch die Analyse einschlägiger Ikonografien und Zeichensysteme im Gattungsspektrum von Malerei, Skulptur und Architektur beteiligt gewesen. Parallel zur Etablierung einer sozial- und kulturwissenschaftlich sensibilisierten »Neuen Militärgeschichte« haben im disziplinären Feld der Kunstgeschichte bildwissenschaftliche Fragestellungen, die Funktionen und Techniken der visuellen Darstellung jenseits des künstlerischen Bildes in den Blick nehmen, deutlich an Gewicht gewonnen. Allerdings ist hierbei eine Konzentration auf die im frühen 19. Jahrhundert einsetzende und seitdem in ihrer Innovationskraft ungebrochene Revolution der apparativen Bilderzeugung und deren Anwendungen im Bereich von Wissenschaft, Technik und Massenkultur festzustellen. Das »Nachleben« manueller Bilderzeugung im Zeitalter der technischen (Re-)Produzierbarkeit und erst recht zweckgebundene Visualisierungsformen der Vormoderne jenseits künstlerischer Entwurfs- und Wahrnehmungsweisen sind im Themenspektrum einer historisch orientierten Bildwissenschaft bislang weniger prominent vertreten.

Diesem Querschnittsbereich zwischen militär-, kunst- und bildgeschichtlichen Fragestellungen im Übergang von Früher Neuzeit zur Moderne war ein Arbeitsgespräch gewidmet, das am 3. Februar 2012 am Kunsthistorischen Institut der Freien Universität Berlin stattgefunden hat. Die Tagung gehörte zu den ersten öffentlichen Veranstaltungen der an diesem Institut neu eingerichteten DFG-Forschergruppe »Transkulturelle Verhandlungsräume von Kunst. Komparatistische Perspektiven auf historische Kontexte und aktuelle Konstellationen«. Die in diesem Verbund verfolgten Forschungsvorhaben basieren auf der Prämisse, dass künstlerische Objekte und Praktiken auch in vermeintlich traditionsgeprägten Gesellschaften nie den Charakter des Selbstverständlichen genossen haben, sondern als Ergebnisse epochen- und kulturübergreifender, z.T. kontrovers geführter Aushandlungsprozesse aufgefasst werden können¹. Damit werden Erscheinungsformen des Künstlerischen als »Grenzphänomene« sichtbar, die in Vergangenheit und Gegenwart immer wieder in eine spannungsreiche Wechselbeziehung mit gesellschaftlichen und kulturellen Normen eingetreten sind.

Die Grenze in ihren historisch wandelbaren territorialen, kulturellen, sozialen und medialen Bedeutungszuweisungen stellte denn auch das Leitmotiv des Arbeitsgesprächs dar, zu dem die Kunsthistorikerin *Ulrike Boskamp* (Berlin) an die Freie Universität eingeladen hatte. Als Mitglied der Forschergruppe widmet sie sich im Rahmen eines Projektverbundes zur Mobilität von Künstlern im frühneu-

zeitlichen Europa einem solchen Grenzphänomen des Künstlerischen, nämlich der Beziehung zwischen grafischen Darstellungen und ihrer realen oder vermeintlichen Beanspruchung als Medium militärischer Informationsschöpfung². In ihrer Einleitung erläuterte die Gastgeberin, warum Fragen nach potenziell militärisch relevanten Aspekten des Zeichnens und der Zeichnung nur in einem induktiven Verfahren, von Einzelfällen und ihren jeweiligen historischen Kontexten ausgehend, beantwortet werden können. Die Anwendung einer modernen Begriffsbildung wie ›Bildspionage‹ sei in der Forschungspraxis zwar unvermeidlich, doch werde damit eine Konstanz bestimmter Merkmale militärisch nutzbarer Visualisierungsformen und -praktiken suggeriert, die von den historischen Befunden kaum gedeckt werde.

Einer faktografischen ›Realgeschichte‹ der Spionage zuzuarbeiten, lag freilich weder dem Arbeitsgespräch als Motivation zu Grunde, noch gehört dies zu den primären Zielen des bildwissenschaftlich orientierten Forschungsvorhabens. Wie Boskamp einleitend betonte, läuft eine direkte Adressierung des Spionage-Themas Gefahr, historisch und aktuell relevante Aspekte des Phänomens zu verfehlen, da bei dessen Eingrenzung notwendigerweise mit einer Fülle höchst variabler und damit unscharfer Kategorien wie Geheimnis und Gerücht, Verdacht und Furcht operiert werden müsse. Einen unerwartet ergiebigen historischen Zugang eröffnen vielmehr die seit dem frühen 16. Jahrhundert in dichter Folge verfassten und veröffentlichten Sammlungen von Künstlerviten. Deren systematische Auswertung liefert eine Fülle von auffallend ähnlich strukturierten Episoden und Anekdoten: Reisende Künstler werden bei zeichnerischen Studien im Freien von der lokalen Bevölkerung bemerkt, als Kundschafter einer auswärtigen Macht verdächtigt, von Amtspersonen festgesetzt und durch die Fürsprache eines hochrangigen Leumunds von der potenziell lebensbedrohlichen Beschuldigung der Spionage entlastet und schließlich als kunstfertige Zeichner ›rehabilitiert‹.

Dieser, vom frühen 16. bis zum späten 19. Jahrhundert in seinen Kernelementen erstaunlich konstante Topos der europäischen Kunstliteratur, mit dessen Aufarbeitung im erwähnten Forschungsprojekt begonnen worden ist, fungierte als gemeinsamer Referenzpunkt für die vier Beiträge des Werkstattgesprächs.

Im Auftaktvortrag skizzierte der Kunsthistoriker *Denis Ribouillaut* (Montréal) das historische Bedingungsgefüge für die frühe topische Verfestigung des gegen Künstler vorgebrachten Spionageverdachts im Kontext der italienischen Kunstentwicklung (»Drawing the Landscape in Renaissance Italy: Seductions and Dangers«). Erst die im späten 15. Jahrhundert einsetzende eminente kunsttheoretische Aufwertung des Zeichnens als menschliche Teilhabe an göttlicher Schöpferkraft und der Zeichnung als Fixierung der wesenhaften Erscheinungsform der Dinge habe die Vorstellung reifen lassen, durch grafische Repräsentationen über die dargestellten Objekte selbst verfügen zu können. Die theoretische Kodifizierung der linearen Zentralperspektive habe es zudem ermöglicht, ein solches Verständnis grafischer Besitzergreifung auf den Raum und seine visuelle Beherrschung auszuweiten. Ribouillaut wies zudem darauf hin, dass die künstlerische Begriffssprache im 16. Jahrhundert verstärkt Anleihen beim Waffenhandwerk genommen habe, so etwa, wenn der Linienzug der Zeichenfeder mit dem zielsicheren Pfeilschuss der Armbrust verglichen worden sei. Die Aufwertung des Zeichnens an den italienischen Fürstenhöfen als ein Element visuellen Herrschaftswissens sei von diesen Instrumentalisierungen des *disegno* in Kartografie und Geometrie maßgeblich befördert worden. Am Beispiel des Malers Livio Modigliani (ca. 1535–1610) konnte

Ribouillaut die Rückwirkungen dieser Entwicklung auf die künstlerische Praxis anschaulich aufzeigen: Wie erst kürzlich publizierte Archivalien belegen, ist der Künstler 1566 im Grenzgebiet zwischen dem Kirchenstaat und dem Herzogtum Toskana verhaftet worden, als er eine steil aufragende, von der Festung Castrocaro bekrönte Felsformation zeichnen wollte. Der Beteuerung des Künstlers, er habe dieses Landschaftselement für die Hintergrundgestaltung eines Altarbildes mit dem Thema der Kreuzigung verwenden wollen, schenkten die toskanischen Behörden – wie die nun publizierten Verhörprotokolle belegen – zunächst keinen Glauben. Jene zeigten sich vielmehr davon überzeugt, dass es der Zeichner in Wahrheit auf die erst zwei Jahre zuvor fertiggestellte, nach den neuesten Regeln der Fortifikationskunst errichtete Grenzfestung in Sichtweite des alten Kastells abgesehen hatte. Erst ein päpstlicher Emissär aus dem nahen Forlì habe die Freilassung des Künstlers erwirken können. Exemplarisch wird in diesem ›Grenzzwischenfall‹ die Überkreuzung einer militärstrategischen und einer bildkünstlerischen Landschaftswahrnehmung deutlich: Das empirische Naturstudium des Künstlers und die auf Raumbeherrschung justierte Optik des Militärs konvergieren im Vexierbild der ›malerisch‹ gelegenen Bergfestung.

Dieses Spannungsverhältnis hätte fraglos für die Hochzeit der Festungsbaukunst vom 17. bis zum mittleren 18. Jahrhundert auch im Hinblick auf die Territorialstaaten diesseits der Alpen weiterverfolgt werden können. Einen aufschlussreichen Perspektivwechsel stellte vor diesem Hintergrund die Technikhistorikerin Margaret Bradley (Parthenay, Frankreich) zur Debatte (»French Observers on their Travels in the late 18th and early 19th Centuries«). Sie behandelte in ihrem Vortrag Reisen von Funktionsträgern der Pariser *École des ponts et chaussées* auf die britischen Inseln an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert. In mehrfacher Hinsicht fügten ihre Ausführungen dem Rahmenthema des Arbeitsgespräches bedenkenswerte Aspekte hinzu: Zum einen nahm sie mit der 1747 durch ein königliches Dekret gegründeten Schule für Brücken- und Landstraßenbau eine Institution in den Blick, die maßgeblich zur Profilierung einer zivilen Ausrichtung des bis dahin rein militärisch konnotierten Ingenieurwesens beigetragen hat. Des Weiteren konnte die Referentin exemplarisch die hohen zeichnerischen Kompetenzen von Absolventen dieser Einrichtung vorführen, die ihre handschriftlich bewahrten Reiseberichte mit einer Fülle von Abbildungen im Gattungsspektrum zwischen technischer Konstruktionszeichnung und Landschaftsdarstellung versehen haben. Und schließlich muss die von der Ingenieursschule betriebene Ausdehnung ihres Anschauungsmaterials auf den Schiffsbau und die maritime Infrastruktur überraschen. Zwar gehörten die von Bradley eingehend behandelten Ingenieure Pierre-Alexandre Forfait (1752–1807) und Daniel Lescallier (1743–1824) nicht der *École des ponts et chaussées* an, doch sind die illustrierten Aufzeichnungen ihrer Englandreisen in den späten 1780er Jahren eigens für diese Institution kopiert worden. Die Verlagerung des Beobachtungsinteresses auf die ökonomischen und militärischen Aspekte der Seefahrt fügt sich in das Gesamtbild einer nun schon auf allen Weltmeeren ausgetragenen Konkurrenz der europäischen Seemächte ein. Für die französischen Ingenieure habe sich hierbei die in England schon weitgehend vollzogene administrative Trennung der Häfen in zivile und militärische Bereiche als ein nachahmenswerter Vorteil dargestellt. In Anbetracht der thematischen Spannbreite der von den Ingenieuren gesammelten und im Wortsinne aufgezeichneten Informationen betonte die Referentin die Schwierigkeit, die Praktiken dieser Informationsschöpfung im modernen Sinne zu klassifizieren: die Grenze zwischen Tech-

niktransfer und Spionage sei hierbei ebenso schwer zu ziehen wie die zwischen zivilen und militärisch verwertbaren Beobachtungen. Tendenziell könne aber im Kontext dieser Auftragsreisen von einem Relevanzverlust der Zeichnung gesprochen werden: Erkennbar werde dies etwa in dem Bemühen der Ingenieure, Materialproben von Werkstoffen zu erlangen, um physikalische Eigenschaften zu dokumentieren, die im Medium der Zeichnung nicht kommuniziert werden konnten.

Der nachfolgende Beitrag von *Ulrike Boskamp* knüpfte an das bereits angesprochene Spannungsverhältnis zwischen bildkünstlerischer und militärstrategischer Aneignung der Landschaft an und bezog dieses auf einen historischen Ereignisraum, der bisher kaum in dieser Hinsicht untersucht worden ist. Mit britischen Reisenden im Italien des 19. Jahrhunderts nahm sie eine geradezu klassische Konstellation der historischen Reiseforschung in den Blick, der vielfach exemplarische Bedeutung für die Entstehung des modernen Tourismus als einer routiniert organisierten kollektiven Mobilitätsform zugeschrieben worden ist. Ein solches Szenario lässt nicht unbedingt reiches Material für eine Mediengeschichte der Verflechtungen und Verwechselungen zwischen künstlerischer Wahrnehmung und militärischer Beobachtung erwarten. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall. In einer auf Verona fokussierten Fallstudie konnte die Referentin detailliert darlegen, wie die Intensivierung des Fremdenverkehrs und die ihn begleitenden touristischen Bildpraktiken einerseits sowie die Überwachungsmaßnahmen einer militärisch-politischen Fremdherrschaft andererseits in einen fortdauernden Zielkonflikt geraten mussten (»This Martyr of the Pencil«. British Tourists and the Sketching of Fortifications in 19th Century Verona«). Ferment dieser Konflikte war auch hier das im öffentlichen Raum ausgeübte Zeichnen, das in England bereits im 18. Jahrhundert im Zuge »pittoresker« Architektur- und Landschaftswahrnehmung zu einem unverzichtbaren Element im kulturellen Habitus vieler Grand Tour-Reisender geworden war. Neben seinen antiken Monumenten bot Verona den mit den Schauplätzen von Shakespeares Dramen bestens vertrauten britischen Zeichnern einen reichen Motivschatz. Die befestigte Stadt an den Ufern der Etsch nahm indessen auch in den Planungen der österreichischen Militärbehörden eine zentrale Stellung ein, die ab den 1830er Jahren die Sicherung des habsburgisch dominierten Königreichs Lombardo-Venetien durch den Ausbau eines Festungsverbundes systematisch vorangetrieben haben. In der Analyse einzelner Konfliktfälle zwischen Zeichnern und militärischen Amtsträgern konnte die Referentin eine epochenspezifische Motivschicht herausarbeiten, die sich erst vor dem Erfahrungshintergrund des 19. Jahrhunderts hatte ausbilden können: zwischen den europäischen Revolutionen von 1830 und 1848 wurde das überkommene Bild des Spions als Kundschafter einer auswärtigen Macht zunehmend von der phantasmatischen Personifikation des grenzüberschreitend agierenden »Geheimbündlers« überlagert, der die militärisch gesicherte alte Ordnung gleichsam von innen unterwandert.

Dass diese subversive Spielart des Spions mit dem sich zeitgleich entwickelnden Habitus des Bohème-Künstlers eine zwanglose Verbindung eingehen konnte, zeigte Boskamp anhand der 1854 erschienenen humoristisch-hintergründigen Bildgeschichte *The Foreign Tour of Messrs. Brown, Jones & Robinson* des Illustrators Richard Doyle (1824–1883). Die darin enthaltene – an eine wahre Begebenheit angelehnte – Episode des fiktiven englischen Künstlers Brown, der bei der Anfertigung einer Verona-Vedute festgenommen wird, rekurriert einerseits noch auf den eingangs erwähnten kunstliterarischen Topos, andererseits erhält der Zwischen-

fall ein neuartiges zeitgenössisches Kolorit: Der arglose Künstler trägt beim Skizzieren im Freien einen Kalabreser-Hut, der ihn in der Wahrnehmung des österreichischen Behörden als Anhänger des *Risorgimento* verdächtig machte.

Anhand der Verona-Zeichnungen des prominenten britischen Militäringenieurs Edward DuCane (1830–1903) konnte die Referentin schließlich den funktionalen Übersprung der Landschaftsdarstellung in die militärisch relevante Bildspionage anschaulich darlegen: DuCane hatte die Festungsstadt als vorgeblicher Tourist besucht und publizierte 1862 – für die österreichischen Zensurbehörden unerschöpflich – im *Cornhill Magazine* topografische Zeichnungen von jenem Abschnitt der Fortifikation, der im Urteil des erfahrenen Festungsbaumeisters für angreifende Truppen die größten Vorteile bieten würde.

Das abschließende Referat des Kunsthistorikers James Fox (Cambridge) setzte zu diesen Ausführungen einen aufschlussreichen Kontrapunkt: Hatten sich britische Künstler des 19. Jahrhunderts bei ihren Studienreisen auf dem Kontinent vielfach über behördliche Kontrollen ihrer Zeichenpraxis beklagt und sich dabei auf das Ideal freier Kunstausübung in ihrem Heimatland berufen, so konnte der Referent darlegen, wie professionelle Künstler und Amateurzeichner auch im vermeintlich liberalen Großbritannien unmittelbar nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs ins Visier staatlicher Überwachung und einer propagandistisch erregten Öffentlichkeit geraten sind (»Artists and Espionage during the First World War«). Im Zuge einer veritablen »spy mania« seien nicht nur die ca. 75 000 »feindlichen Ausländer«, die zum Zeitpunkt des Kriegsausbruches in Großbritannien lebten, einer verschärften Kontrolle unterzogen worden. Durch das Gesetz zur Landesverteidigung (Defence of the Realm Act) vom August 1914 wurden auch die bürgerlichen Rechte der Einheimischen massiv eingeschränkt. Eine großflächige Klassifizierung von ganzen Landstrichen als strategisch wichtige, der Militärgerichtsbarkeit unterstellte Gebiete habe Großbritannien in eine virtuelle Festung verwandelt, in der selbst harmlose *sketching trips* in Wald und Feld öffentlichen Verdacht erregen mussten. Als historisch neue Komponente im »Bildspionage«-Komplex wertete Fox die rasch populär gewordene Vorstellung, dass militärisch relevante Information in unverdächtig wirkenden Kunstwerken verborgen und so außer Landes geschmuggelt werden können. Viel gelesene Bücher wie *My Adventures as a Spy*, aus der Hand des Offiziers und Pfadfinder-Pioniers Robert Baden-Powell von 1915, in denen u.a. dargestellt wird, wie der Grundriss einer Festung als Zeichnung eines Efeu-Blattes getarnt werden könne, illustrieren hierbei gleichsam die traditionelle Variante einer Camouflage mit grafischen Mitteln. Aber auch neueste Richtungen der zeitgenössischen Bildkunst, wie der Kubismus mit seiner Tendenz zur Gegenstandsauflösung, eigneten sich aufgrund eines weit verbreiteten Unverständnisses gegenüber diesen experimentellen Malstilen ideal als Folie für derartige Kodierungs-Phantasien: Die bekannte Anekdote über Igor Strawinsky, der 1915 beim Grenzübertritt zwischen Italien und der Schweiz von den Behörden verdächtigt wurde, bei seinem im Reisegepäck befindlichen, von Pablo Picasso gefertigten »Porträt« im kubistischen Stil handle es sich in Wahrheit um eine militärisch relevante Planskizze, konnte Fox mit zeitgleichen Beispielen aus dem englischen Raum arondieren und damit in einen topischen Kontext stellen. Die These, dass im Ersten Weltkrieg nochmals massiv Verdachtsmotive gegen Künstler mobilisiert werden konnten, deren Entstehung und Verfestigung weit in die europäische Frühe Neuzeit zurückreichen, vermochte der Referent schließlich mit dem Hinweis auf den »Fall« Philip de László (1869–1936) zu erhärten: Der aus Ungarn stammende, in

London ansässig gewordene Bildnismaler erfreute sich bis 1914 höchster Beliebtheit in der gesellschaftlichen Elite des Königreichs. Nach Kriegsausbruch wurde er jedoch Opfer einer xenophob-nationalistischen Pressekampagne, die den Künstler bezichtigte, im vertraulichen Umgang mit den Mächtigen erschlichene Staatsgeheimnisse an Österreich-Ungarn übermittelt zu haben. Dass der nie erhärtete Spionage-Vorwurf, der die zeitweise Inhaftierung des Künstlers nach sich zog, so schnell verfangen konnte, führte Fox auf längst etablierte Vorbehalte gegenüber dem Hofkünstler alten Stils zurück, die nun auf den modernen Gesellschaftsmaler übertragen worden seien. Dessen ›grenzüberschreitende‹ kosmopolitische Orientierung sei in der Epoche des Nationalismus – zumal in Krisen- und Kriegszeiten – beinahe reflexhaft mit einer ›natürlichen‹ Disposition zur Spionage kurzgeschlossen worden.

Gerade in ihrer breiten chronologischen und regionalen Ausrichtung vermochten die Beiträge Leitfragen und Perspektiven für künftige Forschungen zu formulieren: Eine erst in Umrissen erkennbare europäische Beziehungsgeschichte zwischen zeichnerischen Praktiken, geografischer Mobilität, künstlerischer Profession und militärisch relevanter Informationsschöpfung berührt nicht nur eine Fülle von historisch rekonstruierbaren Schauplätzen, Akteuren, Motiven und Medien. Nicht minder relevant, aber in der historischen Analyse schwieriger zu fassen sind die in diesen Komplex involvierten Mentalitäten, Emotionen und Affekte, die um den Erhalt und den Verlust von Macht und Schutz kreisen – vor allem jene Macht, die sich an das Herstellen und den Besitz von Bildern knüpft und jenen Schutz, der sich von der Kontrolle oder dem Verbot von Bildern versprochen wird.

¹ Zu Zielsetzungen und thematischen Schwerpunkten der Forschergruppe vgl. http://www.geschkult.fu-berlin.de/e/transkulturell/profil_der_for_1703/index.html (Stand 5.5.2012).

² »An der Grenze. Künstlerreise und Bildspionage«. Das Projekt ist Teil des Forschungsschwerpunkts »In Bewegung. Künstlerische Mobilität und kultureller Austausch« (Leitung Prof. Dr. Karin Gludovatz), vgl. <http://www.geschkult.fu-berlin.de/e/transkulturell/teilprojekte/b1/index.html> (Stand 5.5.2012).

Hans-Peter Kriemann

»Lernorte in der militärgeschichtlichen Lehre«.
34. Dozentenkolloquium des Militärgeschichtlichen
Forschungsamtes, 7. bis 11. Mai 2012 in Dresden

Historische Bildung ist ein wichtiger Bestandteil in der Aus- und Weiterbildung des Führungspersonals der Bundeswehr. Sie ist gemeinsam mit politischer Bildung, Traditionspflege und Wehrrecht Teil der sogenannten Inneren Führung. Die Innere Führung hat zum Ziel, aus den Staatsbürgern, die sich für den Dienst in der Parlamentsarmee Bundeswehr entschieden haben, mündige, verantwortungsbewusste Staatsbürger in Uniform zu machen. Historische Bildung soll vor diesem Hintergrund dem Soldaten Orientierung bieten, sinnstiftend sein und ihn in die Lage versetzen, an Diskursen über das aktuelle politische Geschehen oder historische Ereignisse teilzunehmen. Auf diese Weise soll er Klarheit über seine eigene Position in der Gesellschaft erlangen, um diese dann bewusst in der Öffentlichkeit zu vertreten. Es geht also bei der historischen Bildung in der Bundeswehr nicht darum, eine applikatorische (Kriegs-)Geschichte wie etwa zur Zeit des Großen Generalstabs zu vermitteln, gibt doch die Vergangenheit in den seltensten Fällen brauchbare Handlungsanweisungen für die Zukunft. Sie lehrt allenfalls, was es zu bedenken gilt, mahnt zu bedachtem Handeln. Denn erst die Kenntnis von Entwicklungen, Vernetzungen, Abhängigkeiten in der Geschichte illustriert Grenzen und Möglichkeiten und hilft dabei den komplexen Geschehnissen dieser Welt nicht hilflos ausgeliefert zu sein, sondern Hintergründe, Prozesse zu erkennen sowie beurteilen zu können und dementsprechend zu handeln. Hierdurch wird die Bedeutung historischer Bildung ersichtlich. »Bildung« meint [dabei] ein Ensemble von Kompetenzen der Welt- und Selbstdeutung, das ein Höchstmaß an Handlungsorientierung mit einem Höchstmaß an Selbsterkenntnis verbindet und damit ein Höchstmaß an Selbstverwirklichung oder Identitätsstärke ermöglicht.« (Jörn Rüsen, Grundzüge einer Historik, Bd 3: Lebendige Geschichte. Formen und Funktionen des historischen Wissens, Göttingen 1989, S. 85)

Historische Bildung kann nur dort nachhaltig Erfolg haben, wo ein Prozess lebenslangen Lernens initiiert und von Fachpersonal begleitet wird. Dazu müssen der richtige Rahmen und entsprechende Angebote geschaffen werden. In der Bundeswehr wird Militärgeschichte an allen Ausbildungseinrichtungen für Führungspersonal mit zum Teil sehr umfangreichen Stundensätzen unterrichtet. Die dort eingesetzten Dozenten erhalten fachliche Unterstützung durch das Militärgeschichtliche Forschungsamt (MGFA) in Potsdam. Auf der Basis wissenschaftlicher Grundlagenforschungen werden dort in Zusammenarbeit mit den Dozenten Unterrichtsmaterialien, wie z.B. Lehrbücher und interaktive DVDs erstellt. Darüber hinaus wird historische Bildung in der Bundeswehr über mehrere durch das MGFA betreute Wanderausstellungen und die Militärhistorischen Museen (MHM) in Dresden und das Luftwaffenmuseum in Berlin-Gatow vertieft. Mit der »Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung« stellt das MGFA quartalsweise ein weiteres Medium zur Verfügung, das von den Soldaten der Bundeswehr als ergänzende Lektüre gut angenommen wird.

Die Ziele (militär)historischer Bildung können unter den sich ständig wandelnden Bedingungen in der Bundeswehr nur erreicht werden, wenn die Dozenten für

Militärgeschichte die Lehre ständig weiterentwickeln. Damit ein regelmäßiger und intensiver Austausch über Inhalte und Methoden zwischen den Dozenten und dem MGFA stattfindet, richtet das MGFA als fachlich verantwortliche Dienststelle seit über 34 Jahren ein jährlich stattfindendes Dozentenkolloquium aus. Nachdem diese Veranstaltung im Jahr 2011 in Potsdam unter dem Leitthema »Vom Einsatz her denken – Militärgeschichte und Einsatz« stattgefunden hatte, kamen im Mai 2012 die Dozenten der Ausbildungseinrichtungen der Bundeswehr zum Dozentenkolloquium in Dresden zusammen, um sich mit dem Leitthema »Lernorte in der militärgeschichtlichen Lehre« auseinanderzusetzen.

Der historische (Lern-)Ort erfreut sich in der Geschichtswissenschaft und in der historischen Lehre zunehmender Aufmerksamkeit, nachdem in früheren Jahren eine intensive Betrachtung der »Verortung« vernachlässigt wurde. Insbesondere die sogenannten Militärhistorischen Geländebesprechungen (MGB) waren vor dem Hintergrund Schlieffenscher Generalstabsreisen mit dem Etikett »applikatorisch« inkriminiert. Aber auch Denkmäler, Kasernenanlagen oder ganze Städte wurden über lange Jahre unverständlicherweise nicht als Lernorte verstanden. Einzig das Museum ist als Lernort für historische Zusammenhänge in Deutschland etabliert.

Auch aus diesem Grund hat das Dozentenkolloquium 2012 die vielfältigen Möglichkeiten historischer Lernorte ausgelotet. Im Mittelpunkt stand dabei, wie geschichtliche Ereignisse am historischen Ort, im Museum oder im Hörsaal illustriert werden können; welcher dieser Orte und welche Methode unter Beachtung von Zielgruppe und Lernziel jeweils der geeigneteren wäre und auch in welchem Verhältnis Aufwand und Nutzen der angewandten Methode zueinander stünden. Dazu war die Veranstaltung in vier Themenblöcke gegliedert: »Militärhistorische Geländebesprechung als Mittel der Lehre«, »Das Museum als Lernort der militärgeschichtlichen Lehre«, »Lernen in und an einem historischen Ort« und anschließende »Fachvorträge mit Diskussion«. Als Lernorte hierfür dienten der Veranstaltungsort Dresden, das MHM, die Albeststadtkaserne im Norden Dresdens und das Schlachtfeld von Königgrätz. In einem steten Wechsel zwischen theoretischem Input und praktischer Umsetzung wurde der neuste wissenschaftliche Erkenntnisstand hierzu vermittelt.

Zum Auftakt stellten *Thorsten Loch* (Potsdam) und *Hans-Peter Kriemann* (Dresden) die »Militärhistorische Geländebesprechung als Mittel der Lehre« vor. Am Beispiel des Veranstaltungsortes Dresden erläuterten sie zunächst die Vielfältigkeit und Bedeutung von Lernorten, um danach detailliert auf die didaktischen Möglichkeiten und Besonderheiten der Methode einer MGB einzugehen. Abschließend wurde der Verlauf der »Schlacht von Königgrätz« kritisch dargestellt und die Besprechungspunkte für die Geländebegehung am nachfolgenden Tag aufgezeigt. Im Laufe ihrer Ausführungen stellten die Vortragenden die These auf, dass der preußische Sieg nur dem Ungehorsam zweier österreichischer Korpskommandeure gegenüber dem Oberbefehlshaber Ritter von Benedek zu verdanken war. Loch und Kriemann verdeutlichten, dass es gegenüber den MGBs massive Vorurteile der Historikerkunft gibt und warum diese Vorbehalte nur bedingt tragfähig sind.

Am zweiten Tag des Kolloquiums wurde die Theorie der MGB an dem tags zuvor vorgestellten Beispiel in die Praxis umgesetzt: Auf dem ehemaligen Schlachtfeld aus dem Jahre 1866 in der Nähe des heutigen Hradec Králové in Tschechien wiesen Loch und Kriemann die Veranstaltungsteilnehmer in die Geschehnisse vor

Ort mittels einer detaillierten taktischen Geländebesprechung ein. Diese Vorgehensweise diene der Einnahme des Blickwinkels der historischen Protagonisten und mache das geschichtliche Ereignis am historischen Ort plastisch erlebbar. Durch den »Blick in das Gelände«, welches sich seit 1866 nur geringfügig verändert hat, konnten die Entscheidungen der militärischen Führer und deren Konsequenzen unmittelbar nachvollzogen werden. Das Abschreiten des Geländes und die Besichtigung der »Feldherrenhügel« auf dem Schlachtfeld vertieften die gewonnenen Eindrücke. Über die Mikroebene des Ereignisses Schlacht wurde eine Tür zum Verständnis der (Militär-)Geschichte einer gesamten Epoche aufgestoßen.

Der Mittwoch widmete sich gänzlich dem Themenblock »Lernen in und an einem historischen Ort«. Mit einem Vortrag des wissenschaftlichen Leiters des MHM, *Gorch Pieken* (Dresden), über die Neukonzeption des erst im Oktober 2011 wiedereröffneten Museums wurde in die Thematik eingeleitet. Pieken erläuterte zunächst die methodischen und didaktischen Herausforderungen, die sich aufgrund der komplexen deutschen Militärgeschichte und den vorhandenen Exponaten bei der Gestaltung der Ausstellung ergeben haben. Das Hauptaugenmerk seines Vortrags lag jedoch auf dem Selbstverständnis des MHM, die deutsche Militärgeschichte in ihrer Vielschichtigkeit einem breiten, interessierten Publikum verständlich zu machen. Ausgehend davon stellte Pieken die methodische Konzeption vor, die den Aufbau der Ausstellung erklärt. Die »klassischen« chronologischen Ausstellungsbereiche in den Flügeln des Museums werden bewusst getrennt von den Themenparcours im Keil. Hierdurch sollen dem Besucher auf differenzierte Weise neue Blickwinkel auf die Komplexität der (deutschen) Militärgeschichte ermöglicht werden. Das MHM sehe sich zuvorderst als kulturhistorisches Museum und wolle modern und kritisch sein, zum Nachdenken anregen. Wer eine historische Technikschaу erwarte, würde freilich enttäuscht werden, so der wissenschaftliche Leiter des Museums.

Auch der Kurator und leitende Museumspädagoge des MHM *Heiko Berger* (Dresden) unterstrich dieses Vorhaben. Der Besucher solle vor allem nicht bevormundet werden. Im Gegenteil, es würden sowohl in der chronologischen Ausstellung als auch in den thematischen Ausstellungen Angebote und Anregungen gemacht, auf Entdeckungsreise zu gehen. Auf den Einwand einiger Dozenten, dass es im MHM zu wenige Orientierungsmöglichkeiten gäbe, verwies Berger auf die kostenlosen stündlichen Führungen durch die Ausstellung. Diese Museumsführungen werden von zuvor speziell für das MHM weitergebildetem Personal durchgeführt. Berger betonte, dass sich dieses ergänzende Konzept bisher bewährt habe. Anhand einzelner Exponate verdeutlichte der engagierte Museumspädagoge danach im Rahmen einer Führung durch das Museum die Möglichkeiten das MHM als Lernort für sehr unterschiedliche Themen zu nutzen. Viele dieser Themen (z.B. Mode, Spielzeug, Tiere, Architektur) haben nur bei genauem Hinsehen etwas mit Militärgeschichte zu tun und sind eigentlich Teil unseres »zivilen« Alltags. Genau diese Nähe zu unserem normalen Leben versuchen die Ausstellungsmacher mit der Darstellung ihrer Exponate immer wieder zu verdeutlichen.

Der vierte Tag des Dozentenkolloquiums wurde eingeleitet mit einem Workshop zu dem Thema »Lernen in und an einem historischen Ort«. *Bernd Nitschke* (Berlin), Fachleiter Geschichte des Lehrerseminars Berlin erläuterte mit seinem Vortrag »Erinnerung realisiert sich nicht allein an Orten. Wie lassen sich Lernorte nutzen, damit sie bei den Lernenden einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen?«, wie

an Berliner Schulen der historische Lernort in die Unterrichtung integriert wird. Anhand eines exemplarisch gewählten Lernortes wird eine historische Epoche erschlossen. Architektonische Ensembles, Museen, Denkmäler oder auch Landschaften sollen dem Lernenden ein Gefühl für die jeweilige Zeit und die Lebensverhältnisse sowie das Selbstverständnis der Menschen geben. Nitschke zeigte damit auf, wie in den Schulen der Lernort genutzt wird und wo die Anknüpfungspunkte für die weitergehende Ausbildung junger Menschen sind.

Anschließend verglich *Wolfram Jäger* (Potsdam) die deutsche mit der US-amerikanischen Perzeption von Militärgeschichte vor dem jeweiligen kulturell-historischen Erfahrungshorizont. Dazu verdeutlichte er an ausgesuchten Beispielen deren Gemeinsamkeiten und Unterschiede, wobei nach seinem kritischen Resümee Letztere überwiegen. Am Beispiel der Pflege der Schlachtfelder des amerikanischen Bürgerkriegs und der daraus resultierenden Darstellung sowie Ehrung soldatischen Heldentums vollzog Jäger den Umgang der US-Amerikaner mit ihrer militärischen Vergangenheit und hob dabei deren zum Teil recht unkritischen Umgang mit derselben hervor. Gleichzeitig bemängelte er die teilweise einseitige Perspektive und den unsachlichen Umgang der Deutschen mit ihrer Militärgeschichte. Vor dem Hintergrund der Einsätze der Bundeswehr seit 1994 forderte Jäger von der deutschen Geschichtswissenschaft ein differenzierteres Bild der deutschen Militärgeschichte.

Am Nachmittag wurden Dresden und die Dresdner Alberstadt unter dem Aspekt »Lernen in und an einem historischen Ort« besichtigt. *Holger Hase* (Dresden) und Hans-Peter Kriemann verdeutlichten an geschichtsträchtigen Orten der Stadt (u.a. Brühlsche Terrasse, Frauenkirche, Johannisstadt) die vielfältigen Möglichkeiten »an« einem historischen Lernort (Militär-)Geschichte für die Lernenden erlebbar zu machen. Die Dresdner Alberstadt-Kaserne, die u.a. die Offizierschule des Heeres beherbergt, bietet, so Hase, mit ihren Kasernengebäuden aus mehr als drei Epochen der deutschen Geschichte sehr gute Voraussetzungen, den Offizieranwärtern deutsche Militärgeschichte »in« einem Lernort zu verdeutlichen. Ein wichtiger Aspekt ist dabei sicherlich die Identitätsstiftung durch die Offizierschule und gleichzeitig die historischen Gemäuer in denen die Prägung der Offizieranwärter stattfindet. Die Besichtigungen verdeutlichten noch einmal die vielfältigen Möglichkeiten historischer Lernorte, zumal dem nicht vorgebildeten Betrachter eine große Anzahl der Gebäude und Zusammenhänge ohne den Hinweis des Historikers schlichtweg entgehen würden.

Am letzten Vormittag gewährte *Peter Lieb* (Sandhurst) Einblicke in die britische Offizierausbildung. Dabei bildete die Darstellung des Stellenwertes von Militärgeschichte und Tradition in der Ausbildung der britischen Kadetten den Schwerpunkt. Das eigene Regiment und sein Offizierkasino nehmen in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle ein. Folglich bekommt der historische Lernort hiermit eine zusätzliche Dimension: die emotionale Verbundenheit mit einer Einheit oder Institution und die Auseinandersetzung mit deren Vergangenheit. Auch eine Universität oder ein Verein könnten solch eine Institution sein, mit der sich der Lernende historisch auseinandersetzt und vertiefte Identitätsbildung erfährt.

Das 34. Dozentenkolloquium für Militärgeschichtsdozenten in Dresden hat verdeutlicht, wie vielfältig der historische Lernort in der historischen Lehre verwendet werden kann. Von der militärgeschichtlichen Geländebesprechung über das Museum, die Stadt und die Ausbildungseinrichtung, an der man ausgebildet wird, bis hin zum Vergleich mit anderen nationalen wie internationalen Bildungsträgern

wurde ein breiter Fächer aufgemacht. So wurden intensiv die Möglichkeiten und Grenzen dieses Ausbildungselements diskutiert und ausgelotet.

Veronika Drescher und Moritz Lenglachner

»Ich erklär dir den Krieg!« – Anlässe und Ausreden für bewaffnete Konflikte von der Antike bis zur Gegenwart, Tagung der Karl-Franzens-Universität, 9. bis 11. Mai 2012 in Graz

Die Tagung, gemeinsam veranstaltet von Wolfram Dornik (Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgenforschung), Johannes Gießauf (Institut für Geschichte), Ursula Lager (FH-Joanneum), Peter Mauritsch (Institut für Alte Geschichte und Altertumskunde) und Andrea Penz (Vizerektorat für Studium und Lehre) widmete sich epochenübergreifend und interdisziplinär Anlässen und Ausreden für bewaffnete Konflikte. In 17 Vorträgen wurden jeweils unterschiedliche Facetten des Themas erläutert und zur Diskussion gestellt. Das Spektrum reichte von allgemeinen Aspekten – mit Schwerpunkt auf Sprache und Kriegsrhetorik – über theologische und politische Argumentationsmuster bis hin zu konkreten Beispielen aus allen Epochen. Welche Argumente für und gegen Krieg lassen sich ausmachen? Welche Zielgruppen sollen damit angesprochen werden? Wo lassen sich diese Argumente ganz offen festmachen, wo sind sie zwischen den Zeilen zu lesen, wo werden sie als Ausreden verwendet, um die eigentlichen Gründe zu verschleiern? Diese und ähnliche Fragen zu beantworten, haben sich die folgenden Beiträge zum Ziel gesetzt.

»Geschichte fordert Rechtfertigung« betonte *Bernd Wegner* (Hamburg) in seiner Keynote »Kriegsgründe und Kriegsbegründungen: Zu Kontinuität und Wandel staatlicher Legitimationsstrategien« und brachte damit bereits einen zentralen Aspekt der Tagung auf den Punkt. Die ständige Legitimierung von Kriegen war und ist eine Konstante der Geschichte. Es mögen sich zwar der Aufwand und die Argumentationsmotive verändert haben, die Gründe weshalb Rechtfertigungen unternommen wurden, blieben aber weitgehend identisch: Rechtfertigung gegenüber der eigenen Bevölkerung, der (Welt-)Öffentlichkeit und der Geschichte, um nur einige Beispiele zu nennen. Was den europäisch geprägten Teil der Welt anbelangt, so ist es hier langfristig zu einem Begründungszwang gekommen, der im Wesentlichen auf der Etablierung völker- und kriegsrechtlicher Normschaffungen, der Tendenz zu »Recht statt Gerechtigkeit« und dem Aufkommen von auf Partizipation beruhenden politischen Systemen fußt. Auf die Vielfalt von Kriegsbegründungen wurde bereits hingewiesen, von großer Bedeutung war und ist aber, dass diese Ausdruck subjektiver ehrlicher Überzeugung sein konnten, worauf die einzelnen Beiträge im Folgenden auch eingingen.

Das erste Panel stand unter dem Motto »Lass uns drüber reden!«. *Alwin Frank Fill* (Graz) referierte über den sprachlichen Aspekt der Parallelen zwischen Konflikteskalationen bei Individuen und Kollektiven. Die unterschiedlichen Stufen einer Auseinandersetzung – Konfliktgrund, indirekte Abwertung, direkte Abwertung, Drohung und mögliche Gewalt – treten in beiden Fällen zutage. Mit literarischen und politischen Texten aus dem 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart, von Bertha von Suttner und Kaiser Franz-Joseph bis hin zu Beiträgen auf YouTube, arbeitete Fill die sprachliche Dimension des stufenweisen Gewaltausbruchs heraus. Paul Watzlawicks Kommunikationsmodell, das von einem kreisförmigen Konfliktschema spricht, gilt ebenso für streitende Partner, wie auch für den preußisch-österreichischen Antagonismus und Krieg – schließlich habe man nur nach-

gerüstet, weil der andere rüstet (siehe auch: Bertha von Suttner »Meine Rüstung ist die defensive« in »Die Waffen nieder« – Kapitel 3). Ebenfalls wies Fill auf die Verwendung von Kriegsmetaphern und Euphemismen hin, die sich vor allem in Politik, Sport und Wirtschaft finden. Die Möglichkeit, dass Social Media – verwiesen wurde dabei vor allem auf das Internetportal YouTube – eine neue Friedenskultur schaffen könnten, wurde im Vortrag nur mehr angerissen.

»Die Ambivalenz des Krieg-Erklärens« untersuchte *Sebastian Huhnholz* (München) am Beispiel von Herman Kahn, der als »Clausewitz des Atomzeitalters« gilt. Kahn, der auch »Theoretiker des Raketenschachs« genannt wurde, drängte vor allem in den 1960er Jahren verstärkt in die Öffentlichkeit, um eine möglichst offene und rationale Diskussion über Atomwaffen und -krieg anzuregen. Nicht zuletzt das deutsche Nachrichtenmagazin »Spiegel« erblickte in dem provokant auftretenden Gründer des Hudson Institutes einen wesentlichen Vertreter des Systems der »Maschine des Weltuntergangs«. Ein transparent geführter Diskurs über Rüstung war Kahns Meinung nach aber unabdingbar, um das »chicken game« Kalter Krieg zu regulieren, da beispielsweise Geheimhaltung die Asymmetrie des Konfliktes nicht korrigieren würde.

Felix Maier (Freiburg) widmete sich den Werken der antiken Schriftsteller Livius, Thukydides und Polybios um festzustellen, ob in deren Erzählungen Kriegausbrüche als unvermeidbar dargestellt werden. Livius beschrieb die Auseinandersetzung zwischen Römern und Aequern im Jahre 467 v.Chr. als geradezu unabwendbar, als einen Kreislauf der Auseinandersetzungen (Liv. 3,10,8). Dennoch erwähnte er zu Beginn, dass alternativ auch Frieden möglich gewesen wäre, ab einem gewissen Punkt aber nur mehr Prestige gegolten habe und man von einer rationalen in eine von Emotionen gesteuerte Handlung gerutscht sei. Thukydides sprach von einer notwendigen Entwicklung hin zum Krieg, der an sich zwar vermeidbar, aber zu komplex sei, als dass die Akteure anders hätten handeln können. Der letzte der drei Historiografen, Polybios, skizzierte anhand eines gemeinsamen Plünderungszuges der aitolischen Strategen Dorimachos und Skopas das Auseinanderklaffen der Realität des Gedachten und der Realität des Geschehens. Die Kontrastierung individueller und allgemeiner Beurteilung sowie die Betonung der Unvermeidbarkeit des Unverfügbaren seien, laut Maier, allen drei Autoren gemeinsam.

Im zweiten Panel drehte sich alles um die Frage: »Wie sagen wir es ihnen?«. Den Anfang machten hier die »Historia de Mirabilibus Gestis Edwardi III« des Robert von Avesbury und die »Gesta Henrici Quinti«, anhand derer *Martin Clauss* (Regensburg/Saarbrücken) Funktion und Ablauf von Kriegsräten im Hundertjährigen Krieg analysierte. Die historiografischen Quellen gewähren nur schwerlich einen Einblick in den Verlauf der consilia, da diese geheim gehalten wurden. Clauss stellte fest, dass in sämtlichen Versammlungen zwei Gruppierungen – »Tauben« und »Falken«, wie er sie bezeichnet – einander gegenüberstanden und dabei entweder militärstrategisch (Tauben) oder prestigehungrig und gottesfürchtig (Falken) argumentierten. Die Argumente sieht Clauss in die Überlieferungsabsicht der Historiografen eingebunden, die sich an ihre Adressaten wenden und damit eine »zweite Öffentlichkeit« schaffen. Niederlagen konnten erklärt und kompensiert, ein Konsens als Grundlage für eine Entscheidung festgestellt oder die Profilierung des Heerführers hervorgehoben werden. Im Hinblick auf das Tagungsthema boten die Versammlungen der Kriegereliten somit reiches Anschauungsmaterial.

Eine illustrative Analyse des »Anlasses« für »The War of Jenkins' Ear« bot *Kay Peter Jankrift* (Augsburg). Trotz der stark unterkühlten spanisch-britischen Bezie-

hungen in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, die sich durch wechselseitige Übergriffe und Vertragsverstöße weiter verschlechterten, konnte der Konflikt schließlich diplomatisch ausgeräumt werden. Das Ohr des Robert Jenkins, der Kapitän eines britischen Handelsschiffes war, erregte 1731, als es ihm von der Besatzung eines spanischen Schiffes der *Guarda-Costa* im Zuge einer Schmuggelkontrolle abgetrennt wurde, kaum Aufmerksamkeit. Erst mehr als sieben Jahre danach heizte der im Unterhaus vorgewiesene Körperteil die Volksseele an und fungierte als ein Beweis spanischer Provokation. Realität und Fiktion hatten sich in den Berichten über und von Robert Jenkins längst vermischt, was der Instrumentalisierung als Kriegsvorwand keinen Abbruch tat. In seinem weiteren Vortrag referierte Jankrift die eigentlichen und auch vielschichtigeren Gründe der Konflikteskalation, wie beispielsweise wiederholte Missachtungen des »Vertrages von El Pardo«.

Im Panel mit dem Titel »Gott mit uns!« referierte *Georg Strack* (München) über die Kreuzzugspredigt Papst Urbans II. von 1095. Strack stellte zur Debatte, ob es sich hier, wie es gängige Forschungsmeinung ist, wirklich um eine dramatische Performance oder nicht doch um literarische Fiktion handelte. Dazu analysierte Strack die in den Chroniken von Fulcher von Chartres (1105), Robert dem Mönch (1107) und Baudri de Bourgueil (1108) überlieferte Predigt, die alle als Augenzeugen gelten. Festzuhalten ist, dass die Predigt bei Fulcher von Chartres wie eine Dekretverkündung, bei Robert dem Mönch wie eine Feldherrnrede und bei Baudri de Bourgueil wie eine emotionale, typisch mittelalterliche Predigt dargestellt wurde. Folglich ordnete sie Strack verschiedenen rhetorischen Darstellungstraditionen zu. Er verglich die Predigt mit jenen Leos IX. und konstatierte Parallelen zu Robert dem Mönch und Fulcher von Chartres. Daraus leitete Georg Strack die These ab, dass die berühmte Kreuzzugspredigt von 1095 wohl nicht jene dramatische Performance war, als die sie in der Regel dargestellt wird, sondern dass es sich wohl weitestgehend um literarische Fiktion zur Kreuzzugslegitimation handelte.

Den unterlassenen Kreuzzug Friedrichs II. als Vorwand für die Exkommunikation des Stauferkaisers thematisierte *Stefan Schima* (Wien). Wohl wissend, dass die tatsächlichen Argumente wenig Unterstützung finden würden, instrumentalisierte 1227 der neu gewählte Papst Gregor IX. das gebrochene Kreuzzugsgelübde des Herrschers und exkommunizierte diesen. Die verwendeten Vorwürfe waren schon damals anfechtbar, juristisch jedoch befand sich das Kirchenoberhaupt im Recht und konnte aufgrund dieses »Anlasses« einen Einfall ins staufische Sizilien rechtfertigen. Schima verwies auf die tradierte Forschungsmeinung, der zufolge »Papst und Kaiser als Gefangene ihrer selbst« angesehen werden konnten. Weltlichem und geistlichem Oberhaupt wurde eine entsprechende Amtserfüllung abverlangt, darüber hinaus fußte die Kaiserkrönung Friedrichs II. wesentlich auf dem 1215 geleisteten Schwur, das Kreuz zu nehmen.

Der Beitrag von *Jörg Zedler* (München) rundete das Panel »Gott mit uns!« ab. Er referierte über die verschiedenen Haltungen Deutschlands und des Heiligen Stuhls zu der dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges vorangehenden Julikrise in den Nachkriegsjahren 1919/23. Ausgangspunkt war ein Telegramm des bayerischen Gesandten vom 24. Juli 1914, in dem dieser versicherte, dass Papst Pius X. eine Kriegserklärung vonseiten der Mittelmächte billige und die Schlagkraft der feindlichen Armeen als gering einschätze. Das Telegramm stieß 1919 bei seiner Veröffentlichung in Frankreich und Großbritannien auf hohes Interesse, in Deutschland und im Vatikan schwieg man es hingegen tot. Erst drei Jahre später wurde es auch

dort zum Gegenstand öffentlicher Debatten. Der für die Veröffentlichung verantwortliche Privatsekretär des ersten Ministerpräsidenten des »Freistaats« Bayern Kurt Eisner, Felix Fechenbach, wurde 1922 inhaftiert, Parlament und Unterausschuss befassten sich künftig mit der Sache. Fechenbach wurde 1924 begnadigt, das Urteil 1926 auf sein Betreiben hin letztlich aufgehoben. Die Diskussionen ebten zunehmend ab. Zedler betonte, dass weder Rom noch Berlin je an einer Aufklärung oder Aufarbeitung der Kriegsschuldfrage interessiert waren. Beiden Mächten dienten das Totschweigen der Thematik 1919 und die öffentlichen Diskussion 1922/23 vielmehr für verschiedenste innen- und außenpolitische Ziele.

Das letzte Panel des Tages stand unter dem Motto »Einmal um die ganze Welt«. *Johannes Gießauf* (Graz) sprach über die Weltherrschaftsbestrebungen der Mongolen. Er ging in seinem Vortrag der Frage nach, wo die Wurzeln des imperialen Selbstverständnisses der sogenannten Völker in den Filzwandzelten lagen und wie sich dieser Universalherrschaftsanspruch äußerte. Die Anfänge der imperialen Kriegsprogrammatik wurzelten laut Gießauf im Beutezwang Dschingis Khans, um Gefolge dauerhaft an sich binden zu können. Mit zunehmendem Kriegsglück entwickelte sich daraus eine Reichsidee mit territorialer Herrschaftsdurchdringung. Der Rechtfertigung dieses Anspruches auf Weltherrschaft diene die Begründung mit der Gottgewolltheit seiner Macht und Erfolge. Folglich verwies der Khan auf die Frage Papst Innozenz' IV., warum die Tataren Christen töteten, auf seinen Weltherrschaftsauftrag, dem sich diese widersetzen würden. Ausdruck des göttlichen Auftrages sei, so Gießauf, auch Karakorum, denn die mongolische Hauptstadt habe man gezielt in einem Steppennomaden seit Jahrhunderten als heilig geltenden Areal angelegt. Der Khan bedurfte folglich keiner legitimierenden Gründe für seine Kriege, da er ein von den Göttern Beauftragter war.

»War Österreich-Ungarn eine Kolonialmacht?«, lautete *Wolfram Dorniks* (Graz) Ausgangsfrage bezüglich der Interessen der Habsburgermonarchie in Südost- und Osteuropa während des Ersten Weltkriegs. Er betonte, dass Jürgen Osterhammels Definitionsversuch des Kolonialismus (2009) auf die Strukturen der betreffenden österreichisch-ungarischen Gebiete nur teilweise anwendbar sei, man könne jedoch aufgrund mancher Parallelen von semikolonialen Ansätzen sprechen. Im Fokus seiner Analyse standen dabei Galizien und die heutige Ukraine, deren Bewohner den k.u.k. Truppen weitgehend fremd blieben. Dornik bewertete die Interessen Österreich-Ungarns an Südost- und Osteuropa im Kontrast zu den »anderen« und »zurückgebliebenen« slawischen Ethnien mit der Haltung des k.u.k. Militärs, sich als pragmatische »unpolitische« Beschützer der Monarchie vor Nationalismus, Revolution, Ideologie und »Chaos« zu sehen, als Begründung für militärische Aktionen und Krieg in diesem Raum.

Den ersten Beitrag des Panels »Natürlich sind wir im Recht!« lieferte *Theresia Heimerl* (Graz), die zu den »causas iustas et intentiones rectas« für gewaltsame Auseinandersetzungen vortrug. Sie untersuchte dabei das fortschreitende Verhältnis der christlichen Religion zum Krieg und schlussfolgerte, dass der augustinischen Lehre vom gerechten Krieg konstitutiver Charakter innewohnte. Die Gedanken von Augustinus spannen im 13. Jahrhundert Thomas von Aquin weiter, dessen Theorien erst unter dem Eindruck des Zweiten Weltkriegs im Rahmen des Zweiten Vatikanums neu bewertet wurden. Den sogenannten gerechten Krieg der Gegenwart vermutete Heimerl allenfalls im Verteidigungskrieg. Von einem »Tötet sie alle! Gott kennt die Seinen schon«, das noch ganz dem häresiefeindlichen Denken des Augustinus entsprach, sind Politiker und Theoretiker seitdem weit entfernt.

Sven Düwel (Frankfurt a.M.) befasste sich mit den Kriegserklärungen des Heiligen Römischen Reiches von 1674 bis 1757. Seine Eingrenzung auf die sechs Erklärungen, die in diesen 83 Jahren beschlossen wurden, erklärte er durch die Reichsständeverfassung von 1663, durch die Kriegserklärungen nicht mehr vom Kaiser allein, sondern nur mehr gemeinsam mit den Reichsständen beschlossen werden konnten. Düwel schloss aus seinen vorläufigen Untersuchungen, dass eine Kriegserklärung zumeist erst nach den ersten Auseinandersetzungen erfolgte. In vielen Fällen unterblieb sie ganz. Er bezeichnete die Kriegserklärungen als »rituelle Persuasionen«, propagandistische Mittel, die im Speziellen dazu dienten, die Reichstagsöffentlichkeit von der Legitimität des Krieges zu überzeugen oder um eventuelle Bündnispartner zu gewinnen. Er merkte auch noch an, dass die Reichsgutachten inhaltlich aufgrund ihres formelhaften Aufbaus für seine Fragestellung kaum relevant seien.

Hüseyin I. Cicek (Innsbruck) befasste sich mit den »Kriegsreden« der Al Quaida. Er beschränkte sich dabei auf zwei Reden aus den Jahren 1996 und 1998, die Osama Bin Laden an saudische Dschihadisten richtete. Die Analyse beider Texte zeigte einige Parallelen. Zentrale Aussage ist jeweils, dass »ohne Blutvergießen [...] kein Schandmal von der Stirn gewaschen werden [könne]«. Cicek erläuterte, dass Bin Laden mit diesen Reden das Kollektiv stärken und das Individuum in diesem aufgehen lassen wolle und die Reden starke intertextuelle Bezugspunkte zum alten Israel aufweisen. Historische Bezugspunkte (byzantinische Kaiser, Kreuzzüge) würden möglichst oft eingebaut, und Bin Laden betone die Unabwendbarkeit der Gewalt, denn die Operationen der Al Quaida seien immer nur eine Reaktion auf bereits verübte Gewalttaten.

»Schuld sind die Anderen!«, so der Titel des Panels, das *Hannes D. Galter* (Graz) mit der »Arroganz der Barbaren« einleitete. Es wurde danach gefragt, wie sich bei mesopotamischen Feldzügen im 3. Jahrtausend v.Chr. die Kriegsschuldfrage auf die Bewohner des Zagros-Gebirges abwälzen ließ. Galter wies darauf hin, dass Kriege als Teil des göttlichen Schöpfungsplanes angesehen wurden und insbesondere die babylonisch-assyrischen Konflikte strengen rituellen Regeln unterworfen waren. Von der bäuerlichen Bevölkerung wurde Krieg als Naturkatastrophe empfunden und die Eliten hatten Vor- und Nachteile einer Auseinandersetzung genauestens abzuwägen. Aus Inschriften und literarischen Texten leitete Galter eine dem »Anderen« übergeworfene Arroganz und Überheblichkeit ab. Das Gleichgewicht der Ordnung wurde auch im Epos »Inanna und Ebih« gestört, in dem das Gebirge der Göttin die Unterwerfung verweigerte. Im Falle einer Niederlage gegen die Bergbewohner griff man auf ein anderes Erzählmuster zurück – jenes der Geißel Gottes. In der Diskussion betonte Galter, dass Krieg niemals als Teil der Ordnung betrachtet wurde, jedoch damit ein friedlicher Zustand erreicht werden sollte.

Josef Fischer (Wien) beschäftigte sich mit der Darstellung der Anlässe und Ursachen des Ionischen Aufstandes in den Historien Herodots. Seiner Auffassung nach sei die gängige Forschungsmeinung zu revidieren, wonach die Perser den Handel der kleinasiatischen Griechen enorm schmälerten und so die Erhebung herbeiführten. Gerade das Gegenteil sei der Fall gewesen, so Fischer, und die ionischen Städte durchlebten aufgrund der persischen Oberhoheit, die ihnen zahlreiche neue Absatzmärkte eröffnete, eine Phase der Prosperität. Als entscheidender Faktor sei die von außen vorgenommene Etablierung von persischen Vasallensatrapen (Statthalter) zu sehen. Das im griechischen Mutterland bereits überholte System der Tyrannen tauchte unter Dareios I. erneut auf und konnte sich durch Un-

terstützung der Perser vorerst behaupten. Neben diesem Neuansatz ging Fischer auch auf die Handlungsmotive Athens, sowie der Tyrannen Aristagoras und Histaios ein.

Im Panel »Geht's auch ohne?« sprach *Klaus Tausend* (Graz) über Roms Verzicht auf die Eroberung Germaniens. Er stellte die Frage, ob dieser Verzicht wirklich nur durch die Unfähigkeit und Missgunst des Kaisers Tiberius zu erklären sei, wie dies später vor allem durch Tacitus erklärt wurde. Laut Tausend gab es für Rom vermutlich drei Gründe für den Gegenschlag des Germanicus (14–16 n.Chr.): Rache, Rückeroberung der Feldzeichen und Bestattung der auf dem Schlachtfeld zurückgelassenen römischen Soldaten. Nur der dritte Punkt war durch den Feldzug erreicht worden und obwohl der Feldherr in Rom als Sieger gefeiert wurde, war sich Tiberius der Sinnlosigkeit sehr wohl bewusst und ermahnte Germanicus mehrmals nach Rom zurückzukehren, da eine Weiterführung des Krieges zu teuer und verlustreich gewesen wäre. Folglich waren die tatsächlichen Gründe für den Verzicht auf die Eroberung Germaniens, so Tausend, nicht der Neid des Kaisers, sondern ganz praktische Überlegungen.

Zuletzt widmete sich *Ursula Lagger* (Graz) dem Frieden als Argument für Krieg in der griechisch-römischen Antike. Insbesondere in der griechischen Literatur – und hier vor allem im 5. und 4. vorchristlichen Jahrhundert – beschäftigten sich Historiografen, Tragödien- und Komödienschreiber, aber auch Philosophen eingehend mit Krieg und Frieden. Durch diesen Diskussionsprozess waren, so Lagger, diese Themata Gegenstand der öffentlichen Wahrnehmung, wobei Argumentationsstrategien Rückschlüsse auf Interessen und Anliegen weiter Teile der Bevölkerung zulassen, deren männlicher Part mehrheitlich in den politischen Entscheidungsprozess eingebunden war. So lässt sich zeigen, dass in den Argumenten für Krieg die Sehnsucht nach Frieden aufgegriffen, Frieden als erstrebenswerter Zustand beschrieben und auf sehr emotionale Weise zu einem Argument in der Überzeugungsarbeit für einen geplanten Krieg(szug) wurde.

Auf der Nachfolgetagung von »Krieg und Wirtschaft« (Graz 2009)* wurde in diesem Jahr wieder ein in epochenübergreifender Form bisher vernachlässigter Aspekt von Kriegen erörtert. Nach zweieinhalb Tagen interessanter Neuansätze, Infragestellung von etablierten Forschungsmeinungen sowie reger Diskussionen, konnte als Ergebnis festgehalten werden, dass es eine Palette von Argumentationsmustern gibt, die sich in der Geschichte immer wieder finden lassen und heute so aktuell wie vor 5000 Jahren sind. Wie von Bernd Wegner schon in der Keynote angesprochen, ist die auffälligste Veränderung in der konstanten Steigerung des Legitimierungszwanges zu sehen. Wobei natürlich das Machtpotenzial einer kriegführenden Partei es ihr immer schon ermöglichte, sich über bestehende Regeln und Konventionen hinwegzusetzen. Argumente wurden maßgeschneidert auf die jeweilige Zielgruppe abgestimmt, was auch ein Grund dafür ist, dass sich Ausreden, als »echte Gründe« getarnt, in der Überlieferung gehalten haben und erst nach und nach als solche demaskiert wurden. Die Tagung bot einen Ansatzpunkt für die epochenübergreifende und interdisziplinäre Beschäftigung mit Argumenten und Ausreden für bewaffnete Konflikte sowie deren »common patterns«.

Die Beiträge werden in einem Sammelband veröffentlicht.

* Die Ergebnisse dieser Tagung liegen publiziert vor: Krieg und Wirtschaft. Von der Antike bis ins 21. Jahrhundert. Hrsg. von Wolfram Dornik, Johannes Gießauf und Walter Iber, Innsbruck [u.a.] 2010.

Friederike Höhn

Neue Forschungen zum Zweiten Weltkrieg.
Workshop des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes,
10. bis 11. Mai 2012 in Potsdam

Allerorts bereiten sich Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sowie Vermittlungsmedien wie Museen und Fernsehsender darauf vor, dem 100-jährigen Beginn des Ersten Weltkriegs mit neuen Erkenntnissen zu begegnen und sich an den Krieg und seine Opfer zu erinnern. Dass sich die Geschichtswissenschaft aber nicht nur an Jubiläumsjahren orientiert und auch der Zweite Weltkrieg längst nicht als »ausgeforscht« bezeichnet werden kann, beweist die Fülle an Publikationen in den letzten Jahren ebenso wie das anhaltende Interesse an diesem Themenkomplex beim akademischen Nachwuchs. Daher lud das Militärgeschichtliche Forschungsamt junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland zu einem Workshop nach Potsdam ein, um sich über laufende und kürzlich abgeschlossene Projekte, neue Quellen, Methoden und Fragestellungen zum Zweiten Weltkrieg auszutauschen. Organisator *John Zimmermann* (Potsdam) kam damit der von ihm konstatierten Tendenz zu kleinen Fragen am Rande der großen Themen nach, welche in den Fokus des wissenschaftlichen Interesses gerückt seien.

Ausgehend von einer weiten Definition des Begriffes »Bild« fragten die Beiträge der ersten Tagungssektion, unter der Leitung von John Zimmermann, nach der Produktion, Diffusion und Transformation von visuellen Produkten und Eindrücken des Krieges. Die Aktualität solcher Ansätze zeigt sich im anhaltenden Interesse an der »Visual History« und der Frage nach den Spezifika der Erinnerung über Bilder, die in der Diskussion erörtert wurde. *Olli Kleemola* (Turku) stellte sein Forschungsvorhaben zur Untersuchung der offiziellen Kriegsphotografie des Deutschen Reiches und Finnlands im Krieg gegen die Sowjetunion 1941 bis 1944 vor. Mittels eines interdisziplinären und vergleichenden Ansatzes möchte er der Frage nachgehen, inwieweit die finnischen Propagandaorganisationen sich an der Vorgehensweise der deutschen Propagandakompagnien orientierten. Dazu soll im Speziellen darauf eingegangen werden, welches Feindbild durch Fotografien in die Öffentlichkeit transportiert wurde und welche »Bildmuster« (Gerhard Paul) dabei Verwendung fanden. Ausgehend von der Annahme, dass sich das Wissen eines Großteils der deutschen, britischen und US-amerikanischen Bevölkerung um den Zweiten Weltkrieg aus Fernsehdokumentationen wie »Crusade in Europe« (USA, 1949), »The World at War« (GB, 1974) oder »Die Deutschen im Zweiten Weltkrieg« (ZDF, 1985) speist, stellte *Danny Schäfer* (Berlin) seine bisherigen Ergebnisse zu den Veränderungen in der geschichtsdidaktischen Gestaltung solcher Formate seit den späten 1940er Jahren vor. Dabei spiegeln sowohl die Inhalte als auch die verwendeten Stilmittel die Geschichtskultur ihrer jeweiligen Entstehungszeit wider. Zudem legte Schäfer dar, dass es durch die Anpassung geschichtlicher Inhalte an zuschauer- und quotenfreundliche Vermittlungsformen zu Verkürzungen und dabei in nicht geringem Maße auch zu Verzerrungen komme, die die Entstehung von Mythen begünstigen. *Jörg Hillmann* (Brüssel) zeichnete die Entwicklung der bundesdeutschen Marinegeschichtsschreibung und Erinnerungspflege seit 1945 nach, deren Geschichtsbild lange von glorifizierenden Tendenzen sowie vom Anspruch der Deutungshoheit der Zeitzeugen geprägt gewesen war. Erst seit den

1980er Jahren und verstärkt seit 2000 sei eine unabhängige wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema möglich geworden. Es fehle aber weiterhin, so Hillmann, nicht nur an reflektierter Forschung, sondern vor allem auch an einer Zusammenfassung bisheriger, vor allem auf lokaler Ebene erzielter Forschungsergebnisse, die dem Umstand der zeitlich und regional bedingten Pluralität des Zusammenbruchs der Marine Rechnung trage. Diese habe kein singuläres Kriegsende, sondern eine Vielzahl von Kriegsenden erlebt, was eine künftige Geschichte des Zusammenbruchs der deutschen Marine berücksichtigen müsse.

Der in der zweiten Sektion unter der Leitung von *Markus Pöhlmann* (Potsdam) behandelte Themenkomplex »Justiz und Gefangenwesen« war bereits unmittelbar nach dem Krieg durch die Nürnberger Prozesse virulent geworden und blieb seither ein vielbeachtetes Thema der Forschung. In den drei sehr unterschiedlichen Beiträgen wurde deutlich, welche neuen Wege weiterhin beschritten werden können und welche Fragen noch immer ungeklärt sind. *Kerstin Theis* (München) stellte das Gericht des Ersatzheeres als Ort der Begegnung und Berührung zwischen Zivilbevölkerung und Truppe in den Mittelpunkt. Diesem sei die Aufgabe zugefallen, das Ansehen der Wehrmacht an der Heimatfront zu stärken, was sich beispielsweise im hohen Strafmaß für Disziplinarvergehen ablesen lasse. Auf der Basis von Justizakten ließen sich, so Theis, nicht nur die Alltagspraktiken eines Gerichts herausarbeiten. Diese können ebenso als Quelle für das zivil-militärische Verhältnis in Kriegszeiten herangezogen werden und böten ein hohes Potenzial für weitere sozialgeschichtliche Untersuchungen.

Mit dem deutschen Kriegsgefangenenwesen und dem auf diesem Feld ausgefochtenen Konkurrenzkampf zwischen Wehrmacht und SS befasste sich *Christian Kretschmer* (Freiburg). Im Zuge einer allgemeinen Machtausweitung der Sicherheitsbehörden in der zweiten Kriegshälfte erhöhte sich mit der Überstellung wiederaufgegriffener flüchtiger Kriegsgefangener in Konzentrationslager der Einfluss der SS. Der Kontrollentzug aus dem Einflussbereich der Wehrmacht wurde durch Maßnahmen wie den sogenannten Kugelbefehl verstärkt. Dieser, im März 1944 von bislang ungeklärter Seite erlassen, ordnete die Überführung wiederaufgegriffener flüchtiger Offiziere nach Mauthausen und deren dortige Exekution an. Der Befehl, seine Auswirkungen und Opfer seien bislang noch wenig erforscht, so Kretschmer, in Intention und Folgen aber durchaus mit dem »Kommissarbefehl« vergleichbar. *Judith Kestler* (Würzburg) widmete sich den Angehörigen der deutschen Handelsmarine in kanadischer Kriegsgefangenschaft. Auf Basis von Erinnerungen, Berichten, Bildern und Briefen sucht sie nach der Auseinandersetzung mit Erfahrung und Bedeutung von Gefangenschaft und analysiert dabei die Kategorien Raum, Zeit und Identität. Die Aneignung des Lagers als Raum durch die Insassen verdeutlichte sie anhand der Mittel der strategischen Beheimatung wie dem Gartenbau.

Oliver Werner (Jena) und *Martin Bemann* (Freiburg) näherten sich auf unterschiedlichen Wegen dem Komplex »Wirtschaft« an, welcher im Zusammenhang von industriellem Volkskrieg und der Mobilisierung aller Ressourcen eine wichtige Rolle spielte und im dritten Panel unter der Leitung von *Thomas Vogel* (Potsdam) verhandelt wurde. Werner nahm die Veränderungen der deutschen Kriegswirtschaft nach der Übernahme des zuständigen Ministeriums durch Albert Speer in den Blick. Hier habe eine Stärkung der Unternehmer zu Ungunsten des Militärs stattgefunden. Die Regionalisierung der Wirtschaftspolitik durch die Errichtung von Rüstungskommissionen auf Gau-Ebene habe sich durch Mitspracherecht und

gewisse unternehmerische Freiheiten positiv auf die Mobilisierung und Motivation ausgewirkt. Bemann widmete sich einem weiteren Desiderat der Forschung, der Geschichte der Holz- und Forstwirtschaft im Rahmen der Kriegswirtschaft, und stellte seine Erkenntnisse zu den außenwirtschaftlichen Maßnahmen, die die Nationalsozialisten im Bereich der europäischen Holzwirtschaft ergriffen hatten, vor. Dabei negierte er, dass die hier erfolgten Bestrebungen reale Versuche zur Etablierung eines europäischen Großwirtschaftsraums unter deutscher Vorherrschaft gewesen seien; eine These, die Klaus Wittmann 1978 aufgestellt hatte.

In der Sektion »Wehrmacht«, geleitet von John Zimmermann, stellten sich drei Beiträge der Aufgabe, bislang vernachlässigte Untersuchungsansätze zur Sozial- und Alltagsgeschichte zu verfolgen. *Randall Hansen* (Toronto) berichtete von seinem aktuellen Buchprojekt, welches sich mit Widerstand bzw. Resistenz nach dem 20. Juli 1944 in mikrogeschichtlicher Perspektive auseinandersetzt und nachzeichnet, wie alltägliche Resistenz zur Lebensrettung und zur Bewahrung von Infrastruktur angewandt wurde. Er stellte hierzu die These auf, dass man im Frühjahr 1945 auf lokaler Ebene von einer offenen Revolte gegen das NS-Regime sprechen muss. Dabei spielten sowohl Auftragsverweigerungen bzw. -verzögerungen durch militärische Entscheidungsträger als auch Verweigerungen deutscher Städte, dem Befehl zur Verteidigung gegen die vorrückenden Alliierten zu folgen, eine Rolle. In seinem Beitrag zur Auftragstaktik setzte sich *Marco Sigg* (Zürich) mit diesem bisweilen inflationär gebrauchten Begriff auseinander und stellte die Frage, inwieweit dieses Prinzip in der Wehrmacht überhaupt verankert war. Dabei kam er zu dem Schluss, dass die Auftragstaktik zwar in einzelnen Elementen zum Tragen kam, jedoch andere Faktoren wie der Dialog und die Nachrichtenverbindungen für das Führungsverhalten deutscher Offiziere ebenso prägend gewesen waren. Er relativierte den Einfluss der Auftragstaktik, stellte in der Diskussion aber klar, dass das Zusammenspiel der Faktoren und Prinzipien von der Persönlichkeit des jeweils Vorgesetzten abhing. Abschließend stellte *Peter Steinkamp* (Ulm) einen neuen Quellenbestand vor: eine nahezu vollständige Sammlung der Obduktionsberichte des Heeres, welche 218 000 Sektionsprotokolle umfasst. Sein eigenes Interesse liegt dabei auf der Erforschung von Suizidmotiven im Militär. Diese erfolgten in der Wehrmacht zu fast 60 Prozent aufgrund von gesundheitlichen Problemen, woraus Steinkamp folgerte, dass die Abweichung vom Bild des starken, gesunden Mannes und die Sorge, nicht mehr am Krieg mitwirken zu können ein Hauptgrund zur Selbsttötung darstellte. Zudem seien überproportional viele Offiziere unter den Suizidenten auszumachen.

Die letzte Sektion unter der Leitung von *Nicole Kramer* (Potsdam) nahm eine der zentralen Fragen für die Erforschung des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs auf: den Blick auf das »Andere« und das »Fremde«. Der Beitrag von *Marion Wittfeld* (Wien) zeigte am Beispiel von Frauenzeitschriften, wie sehr die deutsche Kriegsgesellschaft von Abgrenzung geprägt war. Mit Beiträgen über das »richtige Verhalten« beim Heimaturlaub und Hinweisen zum Verfassen von Feldpostbriefen sowie der Vermittlung von Brieffreundschaften zwischen Frauen und Frontsoldaten wurde die NS-Frauenwarte zum Wegweiser durch die Kriegszeit, in dessen Mittelpunkt das Wohlergehen des Ehemanns stand. Die Leserinnen wurden nicht mit politischen Argumenten konfrontiert, sondern auf persönlicher Ebene angesprochen.

Die beiden weiteren Beiträge dieser Sektion beschäftigten sich mit den Möglichkeiten, Formen und Problemen der Integration des »Fremden« in Form von musli-

mischen Soldaten in die deutschen Kampfverbände. *Stefan Petke* (Berlin) griff den Begriff der »Volksgemeinschaft« auf, in welche auch Muslime integriert werden sollten. Bei der Aufstellung von »Legionen aus Sowjetvölkern« innerhalb der Waffen-SS wurde deren religiöse Identität, auch in Abgrenzung zur Sowjetunion, ausdrücklich gestärkt und den muslimischen Legionären Sonderrechte eingeräumt. Ihr militärischer Nutzen stand jedoch in keiner Relation zu dem hohen Betreuungsaufwand, was Petke am Beispiel der SS-Division »Handschar« verdeutlichte. Die hohe Desertionsrate im Sommer 1944, bedingt durch das Herannahen der Roten Armee, führte schließlich im November zur faktischen Auflösung der Division. *Franziska Zaugg* (Bern) führte am Beispiel der SS-Division »Skanderbeg« aus, inwieweit Vorstellung und Wirklichkeit bei der Konfrontation mit dem »Fremden« divergieren können. Ausgehend von einem romantischen Orientalismus, welcher in nicht geringem Maße von den Romanen Karl Mays geprägt gewesen sei, habe sich ein positives Bild der nordalbanischen Bevölkerung entwickelt. Sie galt demnach als kriegstüchtig, deutschfreundlich und wurde der nordischen Rasse zugeordnet. Dies erleichterte die Integration in das ideologische Konstrukt der SS. Es zeigte sich jedoch rasch, dass die Vorstellungen nicht mit der Realität in Übereinstimmung zu bringen waren. Weder der militärische Ungehorsam noch Plünderungen oder innerethnische Gewalt ließen sich unter Kontrolle bringen und die Enttäuschung über den scheinbar perfekten Krieger war groß. Der letztendliche Misserfolg der Rekrutierung war, so Zaugg, aufgrund der »realitätsfernen Vorurteile« gegenüber den Nordalbanern also keineswegs überraschend.

Abschließend fasste *Rolf-Dieter Müller* (Potsdam) die Beiträge des Workshops zusammen: Aus dem gezeigten breiten Themenspektrum, das sich Desideraten, neuen Quellenbeständen und neuen Forschungsansätzen widmete, ergeben sich Anregungen, bekannte Dinge weiter- oder anders zu denken. Die Zukunft der Forschung zum Zweiten Weltkrieg liege in der Verknüpfung und Überprüfung bisheriger Ergebnisse, in der Öffnung zu angrenzenden Disziplinen und im internationalen Vergleich. Es gelte nun, neue Erkenntnisse als Bausteine in größere Zusammenhänge einzuordnen, wozu diese Tagung einige gute Beiträge habe leisten können.

Insgesamt machte der Workshop deutlich, dass der Zweite Weltkrieg noch viele offene Fragen bereithält. Neben dem Militär rücken andere beteiligte soziale und kulturelle Gruppen in den Fokus, andere Disziplinen bieten Methoden und Werkzeuge zur Quellenerschließung an. Begrüßenswert war die internationale Ausrichtung des Workshops, der zur Erweiterung der Perspektive auf den Krieg beitrug. Allerdings beschränkte er sich wiederum auf den europäischen Raum. Die deutsche Geschichtswissenschaft täte gut daran, sich von der Fokussierung auf den europäischen und nordamerikanischen zu lösen. Gerade ein Krieg, der als »Weltkrieg« bezeichnet wird, sollte in Zeiten der Global History auch unter weltgeschichtlichen Gesichtspunkten betrachtet werden.

Frédéric du Roi

»Militär und Geschichtspolitik«. Jahrestagung des Arbeitskreises »Politik und Geschichte« in der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) in Kooperation mit dem Fachbereich Human- und Sozialwissenschaften an der Führungsakademie der Bundeswehr, 31. Mai bis 1. Juni 2012 in Hamburg

Dem Militär wird gemeinhin eine große Affinität zum Blick in die Vergangenheit nachgesagt. Die Auseinandersetzung mit zurückliegenden Krisen, Konflikten und Kriegen hat beispielsweise im Rahmen der Ausbildung von Soldaten in den meisten Streitkräften einen festen Platz. Geschichtliche Bezüge sind für die Armeen verschiedener Nationen vor allem als Mittel der Legitimation und Identitätsstiftung von Bedeutung – sowohl nach innen, gegenüber den Mitgliedern der Militärorganisation, als auch nach außen, gegenüber der politischen Öffentlichkeit. Eine solche Geschichtspolitik zu untersuchen, war in diesem Jahr Gegenstand der in Kooperation mit dem Fachbereich Human- und Sozialwissenschaften an der Führungsakademie der Bundeswehr ausgerichteten Tagung des Arbeitskreises »Politik und Geschichte« in Hamburg. Die Veranstaltung widmete sich den Formen und Funktionen von Geschichtspolitik im militärischen Kontext. Ziel der Tagung war es, Merkmale, Bedingungen und spezifische Herausforderungen der Inanspruchnahme von Geschichte durch das Militär zu diskutieren. Neben einer Analyse von geschichtspolitischen Vorgängen innerhalb militärischer Organisationen sollten die Streitkräfte als eigenständige geschichtspolitische Akteure in gesellschaftspolitischen Diskursen in den Blick genommen werden. Während am ersten Tag das Augenmerk auf die Bundeswehr gerichtet wurde, rückte am zweiten die Geschichtspolitik des Militärs anderer Nationen in den Blickpunkt.

Die Frage nach der Diskurshoheit über die Bundeswehr stellte *Angelika Dörfler-Dierken* (Strausberg) und betrachtete die Entwicklung derselben im Laufe der Geschichte der Bundesrepublik¹. Ihr soziologischer Ansatz konzentrierte sich auf das Ringen zwischen Politik und Gesellschaft bzw. zwischen Regierung und Friedensbewegung. Diese fanden sich aufgrund des Kalten Krieges, der Einbindung der Bundeswehr in das westliche Verteidigungsbündnis und sicherheitspolitischer Entscheidungen wie dem NATO-Doppelbeschluss wiederholt auf diametralen Positionen im Wettstreit um die Deutungshoheit wieder. Mit abnehmender emotionaler Akzeptanz der Institution Bundeswehr in der Gesellschaft ging seit Beginn der 1980er Jahre der Verlust der Prägekraft für die Bundesregierung einher. So war es der »Friedensbewegung« gelungen, die öffentliche Debatte semantisch zu prägen und mit negativ konnotierten Begriffen bezüglich Bundeswehr und Sicherheitspolitik zu führen. Der Wehrdienst wurde zum Kriegsdienst, die Bundeswehr mit Atomwaffen und Krieg gleichgesetzt. Anhand historischer Beispiele analysierte Dörfler-Dierken den Prozess, in dem Erregungs- und Empörungsgemeinschaften aus unvereinbaren politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen heraus das öffentliche Meinungsbild maßgeblich prägten. Ergebnis dieses Diskurses über und in der Friedensbewegung war die weitgehend unbestrittene ethische Überlegenheit ziviler gegenüber militärischer Konfliktbearbeitung, die Aufwertung der Entwicklungspolitik und die überwiegend negative gesellschaftliche Haltung zur Bundeswehr als Institution von Krieg und Proliferation.

Ines Schöbel (Potsdam) setzte sich mit ihrem Beitrag »Helden der Lüfte« mit der Geschichtspolitik des ersten Inspektors der bundesrepublikanischen Luftwaffe, Josef Kammhuber, und der Konstruktion von Erinnerungsorten in ihrer Aufbau- und Konsolidierungsphase auseinander. Die von ihm maßgeblich gestaltete Erinnerungskultur der jungen Teilstreitkraft bis Beginn der 1960er Jahre, für die Kammhuber selbst die Vorbilder definierte, ist auch Gegenstand von Schöbels Dissertationsprojekt².

Methodisch orientiert sich Schöbel an der Dreiklangthese Detlef Baldis, der für die Gründergenerationen der Bundeswehr drei Handlungsebenen identifizierte: Geschichtsbezug, Internationalisierung und Demokratiebezug. Diesen Ansatz erweitert sie um eine vierte Bezugsebene: die (Selbst-)Viktimisierung. Diese betrifft den weit verbreiteten Mythos, der Wehrmachtsoldat sei verführt und ausgenutzt worden, habe aber tapfer gekämpft und sei somit traditionswürdig, was sich u.a. in der Namensgebung von Kasernen und Geschwadern der Luftwaffe niederschlug, wo sich bald sogenannte Traditionsnamen wie »Immelmann«, »Boelcke« und »Richthofen« fanden.

Eine nähere Betrachtung Kammhubers macht deutlich, dass dieser es sich zur Aufgabe machte, »seine« Luftwaffe nach eigenen Vorstellungen zu formen; seine Entscheidungen waren nicht nur von seinen Vorstellungen des deutschen Soldaten und seiner »Helden« geprägt, sondern von noch aus Wehrmachtzeiten herrührenden Sympathien und Animositäten beeinflusst. Schöbel legte dar, dass Kammhuber mit Erfolg das Recht in Anspruch nahm, »seine« Luftwaffe genau so zu gestalten, wie er selbst es für richtig hielt. Der Mythos der »sauberen Wehrmacht« spielte dabei eine zentrale Rolle. Laut dem ersten Inspekteur der Luftwaffe sollte die Erinnerung der Fliegerlegenden den Opfern des Zweiten Weltkriegs Sinn verleihen. In dieser Zielsetzung Kammhubers wird die vierte Bezugsebene der (Selbst-)Viktimisierung überaus deutlich: Für den General waren diese Opfer nicht etwa die Toten des Holocaust; vielmehr ging es ihm um seine gefallenen Wehrmachtkameraden, die mit diesem Traditionsverständnis rehabilitiert und selbst zu Helden (v-)erklärt wurden.

John Zimmermann (Potsdam) setzte sich in »Eine ›Kurzgefasste Geschichte der Bundeswehr‹, so ›spannend wie ein Krimi geschrieben‹. Die politische Führung der Bundeswehr und ihre Vorstellungen von historischer Ressortforschung – ein Beispiel aus den 1970er Jahren« mit dem Spannungsfeld zwischen politischer Führung und Wissenschaft auseinander, das von den Diskrepanzen zwischen den Vorstellungen und Maßgaben der ersten und dem wissenschaftlichen Anspruch bzw. der Erkenntnis des »Machbaren« der zweiten Seite gekennzeichnet wurde.

Bereits mit der Gründung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes (MGFA) war ein erster Schritt in Richtung einer Abkehr von der alten, nationalkonservativ geprägten und hauptsächlich der Legitimation dienenden amtlichen deutschen Kriegsgeschichtsschreibung getan. 1972 war dann vom damaligen Verteidigungsminister Helmut Schmidt eine Kommission »Geschichtsschreibung der Bundeswehr« ins Leben gerufen worden, mit deren Führung kein geringerer als der scheidende Generalinspekteur Ulrich de Maizière betraut wurde. Im Zuge einer dem MGFA zugedachten aktiveren geschichtspolitischen Rolle reklamierte so die politische Führung die Deutungshoheit über die Geschichte der Bundeswehr für sich³.

Das Geschichtsbild der Streitkräfte war eng mit der Umsetzung des Konzepts der Inneren Führung verknüpft, da es einem emotional geführten Streit um Tradi-

tion und Traditionsverständnis in der Bundeswehr und in diesem Zusammenhang der Rolle des Soldaten im »Dritten Reich« ausgesetzt war. Dieser Streit war für Zimmermann im Kern ein »Tauziehen zwischen Reformern und Traditionalisten«, aus dem sich schließlich der auch gesamtgesellschaftliche Kompromiss herauskristallisierte: »so viel Altes wie möglich, so viel Neues wie nötig«⁴. Noch 1954 erklärte Heusinger zwar: »Nicht daran rühren – eigene Traditionen wachsen lassen«⁵. Doch erwuchs rasch die Einsicht, dass es in den Streitkräften ein Bedürfnis nach Tradition gab und sich eine solche mangels Vorgaben staatlich ungerichtet entwickelte. Den Auftrag, »ein für die Truppe verständliches Geschichtsbild« zu erarbeiten, lehnten die Historiker des MGFA strikt ab, was de Maizière durchaus verstand.

Die Auslastung des MGFA durch die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Entstehungsgeschichte der Bundeswehr und die Intensität der Arbeit der von de Maizière geleiteten Kommission ab 1972 zeigen, dass die Auftraggeber von Beginn an das Projekt völlig unterschätzten; die Fertigstellung dauerte letztendlich seit der Ministerweisung 25 Jahre. Diese Dauer war dem anfänglichen Fehlen der wissenschaftlichen Voraussetzungen und andauerndem Mangel an finanzieller Unterstützung geschuldet. Weder war der gebotene Quellenzugang gegeben, noch gab es eine zeitgerechte Bewilligung der erforderlichen Mittel. Wiederholt mussten Kommission und MGFA bürokratische und finanzielle Hürden bewältigen, was nicht zuletzt an dem im ministeriellen Bereich mangelnden Verständnis für das historische Arbeiten lag. Versuchte Einflussnahmen bei gleichzeitigem fehlendem Interesse seitens des Ministeriums erschwerten die Bedingungen zusätzlich, die insgesamt von einer Unbedarftheit der Auftraggeber gegenüber der Komplexität eines derartigen Projekts geprägt waren.

Matthias Rogg (Dresden) stellte in »Militärgeschichte auf die Spitze getrieben« das Militärhistorische Museum (MHM) der Bundeswehr im geschichtspolitischen Diskurs vor. Rogg betonte die Unterschiede zwischen dem modernen MHM und seinen Vorgängern sowie die Diskrepanz zu den meisten Militärmuseen in der Welt, die oftmals wenig mehr als eine undifferenzierte oder glorifizierende Leistungsschau militärischer Errungenschaften und Technologien seien.

Das MHM verfolgt demgegenüber einen ganzheitlichen Ansatz, der darin besteht, dem Besucher Militärgeschichte in ihrer Verflechtung mit politik-, sozial-, mentalitäts- und kulturgeschichtlichen Entwicklungen nahezubringen. Zwischenmenschliche Gewalt und ihre organisierte Form – der Krieg – wird als historisches, kulturelles und anthropologisches Phänomen behandelt. Zentral für dieses Geschichtsverständnis ist das Interesse am Individuum, das den Menschen, nicht militärtechnische Exponate in den Mittelpunkt stellt und Krieg im Zusammenhang mit einzelnen Biografien betrachtet, um die Thematik zugänglich zu machen. Das Museum konfrontiert den Besucher mit Themenkomplexen wie »Krieg und Gedächtnis«, »Leiden am Krieg« oder »Politik und Gewalt.« Die beiden Weltkriege haben in dieser offenen, umfassenden Annäherung ebenso ihren Platz wie die aktuellen und politisch wie gesellschaftlich brisanten Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Sebastian Haak (Erfurt) beschäftigte sich mit dem US-Militär und der Erinnerung an den »Good War«. Im Rahmen seiner Promotion setzt sich Haak mit dem »Good War« und der »History in the Best Interest of National Defense« auseinander. Haak führte aus, dass die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg als »guten« Krieg in der US-amerikanischen Gesellschaft seit mehr als sechs Jahrzehnten fest verankert sei. Neben seiner klaren Abgrenzung von anderen, politisch problema-

tischeren Konflikten wie dem Vietnamkrieg gebe es weitere konstitutive Elemente des »Good War«, wie einen klaren Sieg und die moralische Überlegenheit im Kampf gegen das »absolute Böse«. Der Zweite Weltkrieg war somit ein Krieg, an den sich die USA mit wenig Reue und viel Stolz erinnern dürfte. Auch auf der individuellen Ebene identifizierte Haak die Wirkung des »Good War«-Gedankens: So konnte sich jeder einzelne Soldat sicher sein, für eine gute und sinnvolle Sache gekämpft zu haben⁶. Haak sieht die Wirkungsmacht des »Good War«-Bildes besonders in dieser Möglichkeit der Zusammenfassung und Vereinfachung vieler unterschiedlicher Facetten des Krieges in der Qualifizierung »gut«. Dies macht bereits deutlich, dass der Erörterung des »Good War« ein konstruktivistisches Geschichtsverständnis zugrunde liegt. Die aktive Konstruktion dieses Bildes in der US-amerikanischen Öffentlichkeit ist vor allem auf das US-Militär zurückzuführen. Beispielhaft beleuchtete Haak hierzu die Entstehungsgeschichte des Hollywood-Films »The Longest Day«, auf welche das Militär erheblichen gestalterischen Einfluss ausübte. Der Film ist nur eines von vielen Beispielen, bei denen Militär und Filmindustrie kooperierten und letztendlich das Geschichtsbild des »Good War« prägten. Zugrunde liegt diesen Wirkungszusammenhängen der Begriff »national defense«: »Ausgehend von dem Glauben an die Wirkmacht von Filmen behauptete man dort, die Unterstützung der Filmindustrie bei der Produktion von Kriegsfilmen sei wichtig für die Verteidigung der USA.« Die Deutungshoheit über die Geschichte beanspruchte das US-Militär ausdrücklich für sich, bei der Kolportierung ihres Geschichtsbildes bediente es sich umfangreich einer meist dankbaren US-Filmindustrie.

In seinem Vortrag zu dem Thema »Selbstverteidigungsstreitkräfte und Geschichtspolitik. Deutungen des Asiatisch-Pazifischen Krieges im gegenwärtigen japanischen Militär« setzte *André Hertrich* (Halle) sich mit der Frage auseinander, inwiefern die Militärmuseen der Selbstverteidigungsstreitkräfte (SDF) in der öffentlichen Debatte um den Asiatisch-Pazifischen Krieg Position beziehen. In der Gesellschaft gebe es teils erhebliche Vorbehalte gegenüber dem kaiserlich-japanischen Militär, was sich in Schuldzuweisungen bezogen auf die militärische Niederlage ausdrücke und auf die Verstrickung des Militärs in Kriegsverbrechen zurückzuführen sei. In dem Zusammenhang stehe das geringe Ansehen, das die SDF in der japanischen Zivilgesellschaft genieße, gekoppelt mit der historisch bedingten unklaren verfassungsrechtlichen Stellung des Militärs. Als Motivation der militärhistorischen Ausstellungen der SDF identifizierte Hertrich vor allem die Verbreitung beziehungsweise Untermauerung eines das kaiserlich-japanische Militär verklärenden Geschichtsbildes. Umdeutung und »ehrendes Gedenken« sollen eine positive Konnotation erreichen, die Tatsächlichkeit von Kriegsverbrechen durch japanische Soldaten wird infrage gestellt oder gar abgelehnt. Dieses revisionistische Geschichtsbild hat eine aktuelle politische Bedeutung, da mit ihm die Forderung nach der Aufhebung der sicherheitspolitischen Einschränkungen verbunden ist, denen Japan und die SDF unterliegen. Die Konstruktion einer ungebrochenen Kontinuität des »Beschützens« als Auftrag und Selbstverständnis japanischer Streitkräfte soll die öffentliche Meinung in Bezug auf die SDF im Allgemeinen und momentane wie zukünftige Auslandsmissionen im Speziellen positiv beeinflussen. Eine Betrachtung der Ausstellungen der Militärstützpunkte unter dem Gesichtspunkt der Darstellung des Asiatisch-Pazifischen Krieges ergibt eine Reihe von Auffälligkeiten, die ein bestimmtes Geschichtsbild suggerieren. Kampfhandlungen werden einseitig aus Sicht der jeweiligen Einheit dargestellt, wodurch die Kura-

toren eine Stellungnahme zur Verantwortung Japans für Krieg und Kriegsverbrechen vermeiden. Die Kriegsursachen werden entweder ausgeblendet oder aber Japans Kriegseintritt wird als unvermeidlich dargestellt. Niederlage und Kapitulation werden japanischer Heldenmut, Aufopferungsbereitschaft und moralisch-sittliche Größe gegenübergestellt, die eine nationalen »japanischen Geist« ausmachen sollen. Zum Freispruch der kaiserlich-japanischen Streitkräfte in diesen Ausstellungen gehört auch das Anzweifeln der Rechtmäßigkeit der Kriegsverbrecherprozesse als Siegerjustiz. Den militärgeschichtlichen Ausstellungen der SDF liegt also ein Geschichtsbild zugrunde, das ein ehrenvolles und vorbildliches kaiserlich-japanisches Militär konstruiert, stets bestrebt, das eigene Land zu »beschützen«. Kriegsschuld und Kriegsverbrechen werden zwar nicht explizit verleugnet, aber verschwiegen und mit Gegenbildern verschleiert.

Unter dem Titel »Das türkische Militär in der Geschichtspolitik« setzte sich *Ayhan Bilgin* (Hannover) mit der Rolle des Geschichtsdiskurses im »Wissensregime« der türkischen Streitkräfte auseinander. Bilgin zeigte, dass die Auseinandersetzung mit (der eigenen) Geschichte ein zentrales Element in innermilitärischem Denken und Selbstverständnis war und ist, durch die (Aus-)Bildung von Wehrdienstleistenden jedoch auch gesamtgesellschaftliche Wirkung entfaltet. Bilgin konstatierte, dass das Militär in der Türkei seit der spätosmanischen Zeit in der Geschichtspolitik, der Gestaltung einer national-reformerischen Erinnerungskultur, eine tragende Funktion innehat. Diese prägende Funktion politisierte die Streitkräfte und das sie umgebende Milieu. Die aktive Rolle des Militärs in der Schaffung eines türkisch-nationalen Geschichtsbildes bedingte ein wechselseitiges Legitimierungsverhältnis von Staat und Militär, in dem das historische verwurzelte Selbstverständnis beider bis heute von grundlegender Bedeutung ist⁷. Das türkische Militär agiert seit der Staatsgründung in der Geschichtspolitik als Träger und Vermittler eines spezifischen historischen Wissens, das sich im national-reformerischen Diskurs artikuliert. Indem dieser in das Selbstverständnis des militärischen Milieus einging, konnten und können dessen Eliten in politischen Auseinandersetzungen um die Deutung historischer Ereignisse auf dieses selbst (re-)produzierte Wissen als diskursive Waffe zurückgreifen.

In einem Resümee fasste *Nina Leonhard* (Hamburg) die Tagungsergebnisse zusammen. So erlauben Ländervergleiche unter unterschiedlichen Gesichtspunkten die Feststellung von Gemeinsamkeiten besonders im Bereich der Legitimierungsstrategien von Streitkräften. Geschichtspolitik materialisiert sich an Objekten, seien es Filme, Ausstellungen oder Denkmäler. Anhand solcher Objekte findet das häufig vom Militär (mit-)getragene Geschichtsbild Eingang ins öffentliche Bewusstsein. Es gilt hervorzuheben, dass militärische Organisationen ein hohes Maß an Heterogenität aufweisen und von internen Abgrenzungen, Strömungen und Rivalitäten geprägt sind. Streitkräfte sind die Summe Hunderttausender Individuen unterschiedlichster Sozialisation und Herkunft, von sich wandelnden und vor allem mit der Zeit wechselnden Identitäten.

Auch ist es notwendig, innerhalb von Streitkräften Wechselwirkungen zwischen den zahlreichen Hierarchieebenen zu berücksichtigen; hier sei als Beispiel das Bedürfnis nach Tradition genannt: Wird von der Führungsebene kein akzeptables bzw. als ausreichend empfundenes Geschichtsbild vorgegeben, wird dieses innerhalb der Streitkräfte ohne bestimmenden Einfluss von oben entwickelt und gepflegt (»grass-roots tradition-making«). Es kann so zu teils erheblichen Diskrepanzen zwischen »offiziell« Traditionsverständnis und dem Geschichtsbild oder

vielmehr den Geschichtsbildern der im Militär sozialisierten Individuen kommen. Neben diesen bedürfnisorientierten Strömungen herrscht jedoch in Teilen moderner Streitkräfte auch ein nicht zu unterschätzendes Maß an Gleichgültigkeit gegenüber Tradition und Geschichte.

Aus den auf dieser Tagung betrachteten Beispielen und Facetten wird deutlich, dass der Umgang mit Geschichtsbildern im Militär ein ständiger Konflikt zwischen planvollen und oktroyierten Deutungen der militärischen bzw. politischen Führung und den eigen- und selbstständigen Interpretationen der Soldaten ist.

- ¹ Dörfler-Dierkens soziologische Betrachtung der Bundeswehr in der Gesellschaft findet sich in Veröffentlichungen wie: Befehl – Gehorsam – Mitmenschlichkeit. In: Armee in der Demokratie. Zum Verhältnis von zivilen und militärischen Prinzipien. Hrsg. von Ulrich von Hagen, Wiesbaden 2006 (= Schriftenreihe des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, 3), S. 165–188.
- ² Schöbel hat sich bereits mehrfach mit Aspekten der Luftwaffe und ihrer Erinnerungskultur befasst. Siehe hierzu u.a. Am Anfang war der Held. Die Begründung eines neuen alten Traditionsbildes in der bundesrepublikanischen Luftwaffe. In: Tradition und Traditionsverständnis in der Deutschen Luftwaffe. Geschichte – Gegenwart – Perspektiven. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Heiner Möllers, Potsdam 2012 (= Potsdamer Schriften zur Militärgeschichte, 16), S. 37–48.
- ³ Über de Maizièrre und sein Wirken in der frühen Bundeswehr siehe v.a. John Zimmermann, Ulrich de Maizièrre. General der Bonner Republik 1912 bis 2006, München 2012.
- ⁴ Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999, S. 338–347; Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen, Bd 2: Deutsche Geschichte vom »Dritten Reich« bis zur Wiedervereinigung, München 2000, S. 146–182; Donald Abenheim, Bundeswehr und Tradition. Die Suche nach dem gültigen Erbe des deutschen Soldaten, München 1989 (= Beiträge zur Militärgeschichte, 27), S. 58–66.
- ⁵ So Heusinger auf der Tagung in Bad Tönisstein am 16./17.9.1954, zit. nach: Hans-Jürgen Rautenberg, Aspekte zur Entwicklung der Traditionsfrage in der Aufbauphase der Bundeswehr. In: Tradition als Last? Legitimationsprobleme der Bundeswehr. Hrsg. von Klaus-M. Kodalle, Köln 1981, S. 133–151, hier S. 143.
- ⁶ Siehe hierzu Kristina Scholz, The Greatest Story Ever Remembered. Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg als sinnstiftendes Element in den USA, Frankfurt a.M. [u.a.] 2008, besonders S. 132 und S. 274.
- ⁷ Siehe hierzu Étienne Copeaux, *Espaces et temps de la nation turque. Analyse d'une historiographie nationaliste*, Paris 1997, S. 25 f.

Sebastian Szalat und Katharina Wehr

»Militärgeschichtliche Editionen heute:
Neue Anforderungen, alte Probleme?«
Workshop des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes,
1. bis 2. Juni 2012 in Potsdam

Editio sine qua non? Oder haben Editionen ihre zentrale Bedeutung für die historische und literaturwissenschaftliche Grundlagenforschung eingebüßt? Welche Anforderungen werden heute an militärgeschichtliche Editionen gestellt? Vor welchen Problemen stehen Bearbeiterinnen und Bearbeiter sowohl von gedruckten als auch von digitalen Editionen? Diesen Fragen hat sich am 1. und 2. Juni 2012 ein Workshop gewidmet, der vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA), Potsdam, und dem Lehrstuhl für Militärgeschichte/Kulturgeschichte der Gewalt (Universität Potsdam) veranstaltet wurde. Dabei standen Editionsprojekte im Blickpunkt, die im weitesten Sinn der Disziplin Militärgeschichte zuzuordnen sind und auf allgemeine Fragen des Editionswesens Antworten geben wollten. Es ist offensichtlich, dass Editoren der »old school« – die sich mit Print-Produkten beschäftigen – und Editoren, die den Weg der digitalen Darstellung beschreiten, vor ähnlichen Herausforderungen stehen. Zielgruppen und Ziele müssen im Print-Bereich ebenso wie in digitalen Editionen vor der zumeist lange Jahre währenden Editionslaufzeit benannt werden, wie auch editorische Grundsatzentscheidungen zur Tiefe und Form der Kommentierung, zur Darstellungsweise sowie zum Umfang von Erschließungshilfen im Vorhinein gefällt werden müssen. Beide Seiten sollten die Fragen beantworten, inwieweit Editionen eigene Forschungstrends setzen und ob die Wissenschaft aufgrund der Dynamik und der Eigengesetzlichkeiten neuer, technischer Möglichkeiten in der Gefahr steht, getrieben zu werden.

Unabhängig von diesen die progressiven Methoden betreffenden Fragen, widmeten sich *Michael Epkenhans* (Potsdam) und *Bernhard R. Kroener* (Potsdam) in ihren Einführungsvorträgen einem Komplex, der – abseits aller Diskussionen über das Für und Wider von »gedruckt« und/oder »digital« – die geschichtswissenschaftlichen Grundlagen berührt: die Bedeutung der Quellenkritik. Während Epkenhans in seiner allgemeinen Einführung in die Thematik anhand ausgewählter Quellen(-Editionen) vor einem geschichtspolitischen Missbrauch durch die kommentierten Quellen warnte, hob Kroener die Vielschichtigkeit von Quellen am Beispiel des Formates der Kriegstagebücher hervor: Diese Vielschichtigkeit sei der Tatsache geschuldet, dass Kriegstagebücher erstens eine Erwartungshaltung vorgesetzter Dienststellen bedienten, indem sie davon berichteten, was diese Dienststellen lesen wollten. Dementsprechend wurden sie einem vorausseilenden Gehorsam gleich »geglättet«. Zweitens sind sie von einem Tagebuchführer verfasst worden, dessen Persönlichkeit es in der Edition herauszuarbeiten gelte, um die Subjektivität der Quelle zu entschlüsseln. Epkenhans und Kroener plädierten unisono dafür, dass die einfache Wiedergabe von Dokumenten ohne textkritische und inhaltskritische Kommentierung kaum von Wert sei. Das schließe Grundsatzentscheidungen bezüglich der Ziele, Zielgruppe und Art der Kommentierung ein. Allein die Frage nach der Tiefe der Kommentierung und inwieweit zum Zeitpunkt der Editionsarbeit aktuelle Forschungsliteratur mitverarbeitet werden sollte, beantworteten die beiden unterschiedlich: Während Kroener in Abhängigkeit von

der sprachlichen Qualität einer Quelle (stichpunktartig; zahlreiche Ellipsen; unvollendete Sätze) eine umfangreiche Kommentierung unter Berücksichtigung aktueller Forschungen favorisiert, sieht Epkenhans die Gefahr, die Zeitlosigkeit einer edierten Quelle durch eben jene (auch älter werdenden) Forschungsergebnisse zu gefährden.

Die Werkschau des ersten Tages begann mit dem von *Sven Petersen* (Göttingen) vorgestellten Projekt »Johann Heinrich Ludewig Grotehenn. Lebensbeschreibung und Briefe aus dem Siebenjährigen Krieg«. Hierbei handelt es sich um handschriftliche Aufzeichnungen eines Braunschweiger Unteroffiziers, die Einblicke in die militärischen Lebenswelten außerhalb von Preußen gewähren. Die Edition, für die eine digitale Variante aufgrund zu hoher Folgekosten ausgeschlossen wurde, folgte den bisherigen Forschungsergebnissen – allein schon weil sie erst im Zuge von Forschungen und Archivaufenthalten »interessant« und publikationswürdig wurde.

Auch *Michael Sikora* (Münster) verwies darauf, dass die sechs veröffentlichten Bände (von sieben geplanten) der Edition »Gerhard von Scharnhorst. Private und dienstliche Schriften« mehr auf Forschungstrends eingehen, als selbst welche vorzugeben. Sikora betonte mit dem Bild des in die Jahre gekommenen »Dinosauriers« das allgemeine Problem der Editionswissenschaft: die Finanzierbarkeit von Langzeitprojekten. Auch bei der Scharnhorst-Edition gibt es keinerlei Überlegungen einer digitalen Variante, weil Bearbeiter und Herausgeber es präferierten, »mit den Händen zu blättern«.

Den Abstimmungsbedarf von vier unterschiedlichen Bearbeitern, die aufgrund von Umfangsbeschränkungen zudem Kürzungen bei dem Projekt »Aufzeichnungen, Briefe und Tagebuchnotizen des Chefs des militärischen Nachrichtendienstes der OHL, Oberstleutnant Walter Nicolai, 1914–1918« vornehmen müssen, problematisierte *Christian Stachelbeck* (Potsdam). Obwohl der geplanten Edition eine CD-ROM mit zusätzlichen Dokumenten beigelegt werden soll – Stachelbeck verwies auf die Meinung der Herausgeber, dass der Nutzer der Nicolaischen Aufzeichnungen ohnehin das Medium Buch favorisiere –, steht das Editionsteam bei der Kürzungs-Auswahl vor dem Problem einer Gewichtung, die bereits ein Eingriff in die Originalquelle ist. Abschließend setzte sich Stachelbeck dafür ein, ähnlich den »Empfehlungen zur Edition frühneuzeitlicher Texte« des Arbeitskreises »Editionsprobleme der Frühen Neuzeit« allgemeingültige Editionsrichtlinien für die Neueste Geschichte aufzustellen*.

Edith Raim (München) stellte danach das beim Institut für Zeitgeschichte in München zurzeit erarbeitete Projekt »Wissenschaftliche Edition von Hitlers ›Mein Kampf‹« vor. Die größten Herausforderungen bei »Mein Kampf«, dessen Urheberrecht der Freistaat Bayern 2015 verliert, liegen in der kritischen Kommentierung und der Ausgabenvielfalt, die mit knapp 1000 Auflagen und 12 Millionen abgesetzten Exemplaren immens ist. Nicht zuletzt die Tatsache, dass – wie Raim feststellte – Hitler ein »Antisemit durch Reden« war, bei dem es eine Diskrepanz zwischen dem gesprochenen und dem geschriebenen Wort gab, erschwert die inhaltlich-kritische Kommentierung.

Der Reiz der Edition »Annette Schücking – Briefe einer Soldatenheimschwester von der Ostfront« liegt laut *Julia Paulus* (Münster) in der Parallel-Überlieferung von Fotos, Briefen und Postkarten einer Soldatenheimschwester an die Familie in der Heimat und die größtenteils überlieferte Korrespondenz der Familie an die Front. Die Edition hinterfragt mithilfe von Ansätzen der Gender-Forschung Wahr-

nehmungen und Erfahrungen von Frauen in der Kriegsgesellschaft. Es gibt Überlegungen, aber noch keine konkreten Umsetzungspläne, diese Edition auf der Homepage des LWL-Instituts für westfälische Regionalgeschichte auch digital zu veröffentlichen.

Mit dem »Diensttagebuch des Chefs der Heeresrüstung und Befehlshabers des Ersatzheeres 1938–1943« präsentierte *Alexander Kranz* (Potsdam) ebenfalls eine klassisch geplante Buchedition. Diese »ungeglättete«, von ihren Verfassern nicht nachträglich bereinigte, handschriftliche Quelle ermöglicht Einblicke in die internen Abläufe der deutschen Rüstungspolitik und die Kompetenzstreitigkeiten innerhalb des Apparates »Wehrmacht«. Für die Weltkriegshistoriografie ist sie nicht zuletzt wegen ihres inoffiziellen, informellen Charakters von Bedeutung. Das von einem Editionsteam am Lehrstuhl für Militärgeschichte/Kulturgeschichte der Gewalt an der Universität Potsdam bearbeitete, vom MGFA technisch unterstützte und von der DFG finanzierte Projekt hat die Nutzbarmachung einer schwer lesbaren Quelle zum Ziel. Kranz verwies auf die vorteilhaften Möglichkeiten, die sich durch eine digitale Bearbeitung ergäben (Verlinkung von Register-Einträgen; Darstellung der Original-Handschriften; Work-in-progress-Kommentierung), legte jedoch dar, dass die mit dem Verlag abgestimmte Entscheidung für das Medium Buch auch vor dem Hintergrund etablierter wissenschaftlicher Traditionen nicht ohne Weiteres für das Digitale revidierbar sei.

Dorothee Hochstetter (Potsdam) präsentierte die Sitzungsprotokolle des Verteidigungsausschusses als bedeutende Quelle für alle Aspekte der Sicherheits- und Militärpolitik der Bundesrepublik. In der vom MGFA fortlaufend edierten und kommentierten Reihe »Der Bundestagsausschuss für Verteidigung und seine Vorläufer« sind bisher zwei Bände erschienen, zwei weitere befinden sich in der Bearbeitung. Eine grundlegende editorische Herausforderung der Reihe bestünde darin, so Hochstetter, den Abstand zwischen publizierten und bereits freigegebenen Protokollen zu verkürzen, um dadurch die Zeitgeschichtsforschung mit aufbereitetem Quellenmaterial unterstützen zu können. Hochstetter verwies auf zahlreiche Vorteile, die eine digitale Edition der Protokolle bieten könnte, machte aber klar, dass aufgrund der mangelnden Erfahrungen in diesem Bereich, der fehlenden technischen Infrastruktur und der Kostenunsicherheit ein Übergang unwahrscheinlich sei.

Eine militärhistorische Quelle im weiteren Sinne stellte *Tim Geiger* (Berlin) vor. »Die Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland« enthalten eine Auswahl wichtiger Quellen aus dem Auswärtigen Amt, die nach Ablauf der 30-Jahre-Sperrfrist veröffentlicht werden können. Die jährlich erscheinenden Bände verzichten im Rahmen der inhaltlichen Kommentierung auf aktuelle Forschungsliteratur, weil die Herausgeber die Gefahr einer schwindenden Aktualität sehen, welche die Zeitlosigkeit der »AAPD« gefährde. Geiger stellte in Aussicht, dass es Überlegungen seitens der Herausgeber gebe, die »AAPD« als Pay-content-Version zu veröffentlichen, wobei die gedruckte Fassung nach wie vor das Flaggschiff bleibe.

Während sich der erste Tag des Workshops vornehmlich mit gedruckten Editionen beschäftigte, standen am zweiten Tag Theorie und Praxis digitaler Editionen im Blickpunkt. Ausgangspunkt der Key-Note von *Patrick Sahle* (Köln) war die Frage, welches Ziel kritische Editionen verfolgten, als sie vor gut 200 Jahren entwickelt wurden. Sahle stellte die digitalen Möglichkeiten dar und plädierte vor allem dafür, dass es bei der Wahl zwischen gedruckter und digitaler Edition nicht

um eine Entweder-Oder-Entscheidung gehen dürfe. Obwohl mit der Textauszeichnungssprache TEI (Text Encoding Initiative) eine technische Grundlage für digitale Editionen vorliege, gebe es nach wie vor kein einheitliches Editionswerkzeug für alle Textgattungen. Dennoch besitzt nicht zuletzt die digitale Editorik den Vorteil, eine Edition als mehrdimensionalen Kommentierungsprozess und nicht nur als Produkt zu begreifen. Sahle plädierte dafür, sich an Best-Practice-Beispielen zu orientieren und warb für hybride Publikationslösungen.

Eine solche hybride Lösung stellte *Markus Roth* (Gießen) mit der »Chronik des Gettos Lodz/Litzmannstadt« vor. Nach der Veröffentlichung von fünf gedruckten Bänden ist die Edition mittlerweile als digitale Fassung erschienen. Durch Verlinkung mit den Erschließungshilfen, mit Audiodateien und durch die zusätzliche Präsentation von Fotos und Faksimiles ist somit eine multimediale Edition entstanden, deren Vorteil Roth in der »Nachjustierbarkeit« des Ergebnisses sieht.

Die von *Hans Medick* (Göttingen) vorgestellten »Vier Selbstzeugnisse der Zeit des Dreißigjährigen Krieges. Mitteldeutsche Selbstzeugnisse der Zeit des Dreißigjährigen Krieges als digitales Editions- und als Forschungsportal« machten einen großen Vorteil der digitalen Edition offensichtlich: Wegen des umfangreichen Materials wäre eine gedruckte Edition unmöglich gewesen. Die Verlinkung von Personen-, Sach- und Ortserläuterungen sowie die Möglichkeit, sich parallel die Originalquelle als Faksimile anzuschauen, zeigten weitere Vorteile auf. Medick betonte, dass das Projekt auch auf Forschungslücken hinweise.

Paul Fröhlich und *Denis Strohmeier* (beide Potsdam), die zwei militärgeschichtliche Online-Editionen auf ihre Verwendbarkeit und Zugänglichkeit untersucht hatten, präsentierten ihre Ergebnisse dem Plenum. Die »Lageberichte des Militärbefehlshabers Frankreich« und die »Sitzungsprotokolle des Nationalen Verteidigungsrates der DDR« weisen zwar die Möglichkeit auf, umfangreiche Quellen online zu stellen. Die teilweise fehlende Paginierung und somit nicht gegebene Zitierfähigkeit sowie die zurückhaltende Kommentierung würden in diesen beiden Fällen jedoch den Weg in die Archive nicht ersetzen.

Über »Geschichtswissenschaft im digitalen Zeitalter – Veränderungen des Arbeitsstils von Historikern« referierte *Peter Haber* (Basel). Trotz seines Zwischenfazit, wonach das Buch als Publikationsform weiter existieren werde und die digitale Darstellungsform hohe Kosten aufwerfe, sprach sich Haber dafür aus, die Zunft möge die digitalen Arbeitstechniken annehmen. Während die Internetgeneration mitunter allzu unkritisch sei, besäßen neue Arbeitstechniken, wie z.B. das kollaborative Schreiben oder der wissenschaftliche Austausch durch Blogs, neue Möglichkeiten, die es aufzugreifen gelte.

Weniger digitale Edition als vielmehr Quellensammlungen, die sich jedoch der digitalen Möglichkeiten bemächtigen, waren die von *Thomas Jander* (Berlin) vorgestellten »Feldpostbriefe im Internet« sowie das von *Thorsten Siegmann* (Berlin) präsentierte »Digitalisierungsprojekt 100 Jahre Erster Weltkrieg«. Sowohl die Feldpostsammlung der Museumsstiftung Post und Telekommunikation als auch die von der Staatsbibliothek Berlin koordinierte und in Zusammenarbeit mit mehreren europäischen Nationalbibliotheken stattfindende Digitalisierung und Bereitstellung von knapp 425 000 Dokumenten und Archivalien zur Alltagsgeschichte des Ersten Weltkriegs können in dieser Form und in diesem Umfang nur online und digital vorgenommen werden. Beide Projekte geben sowohl historisch Interessierten als auch Forschern einen ersten Einblick und sind somit auch als Einladung für Archivbesuche zu verstehen.

In der von *Arnim Lang* (Potsdam) geleiteten Abschluss-Diskussion über »Neue Herausforderungen für Wissenschaftler, Verleger und Nutzer« nahmen die Verleger *Sven Fund* (de Gruyter), *Harald S. Liehr* (Böhlau), *Martin Rethmeier* (Oldenbourg) und *Diethard Sawicki* (Schöningh) vor allem zu den neuen Publikationsmöglichkeiten Stellung. Während man sich über die Bedeutung von Editionen im Allgemeinen einig war, gab es unterschiedliche Auffassungen über Mittel und Wege bezüglich der Koexistenz von Print- und Online-Publikationen sowie Fragen bezüglich des Open Access.

Im Allgemeinen zeigte sich bei den dargestellten Projekten, dass Editionen Forschungstrends nicht nur folgen, sondern durch den Hinweis auf bestehende Forschungslücken einen Anstoß zu weiteren Forschungen liefern können. Im engen Zusammenhang damit steht auch die Grundsatzentscheidung für die Tiefe der Kommentierung: Während manche Editorinnen und Editoren – vornehmlich von gedruckten Produkten – für eine zurückhaltende Kommentierung plädierten, um eine Quelle »zeitlos« zu edieren, warben andere für eine umso dichtere Erläuterung, um die Zugänge zu dem edierten Material zu erhöhen. Dabei zeigte sich, dass die technischen Möglichkeiten digitaler Editionen (Hypertext, umfangreiche Erschließungshilfen, Einbindung von Bildern, Audio-Dateien oder Faksimiles) die geeigneten Instrumente besitzen, umfangreiches Material lesefreundlich aufzubereiten. Zudem ist es möglich, digitale Editionen als nicht abgeschlossene Projekte, sondern als Work-in-Progress zu betrachten, was nach der Veröffentlichung eine weitere Bearbeitung und ständige Aktualisierung ermöglicht. Was sich in der Theorie als sehr vorteilhaft erweist, stößt in der Praxis der Editorik allerdings an seine finanziellen Grenzen. Editionsprojekte haben seit jeher den Ruf, zu kostenintensiv zu sein – ein Problem, das durch den Wunsch nach dauerhafter Aktualisierung noch verschärft wird. Dennoch bleibt festzuhalten, dass sich »gedruckt« und »digital« nicht ausschließen. Im Gegenteil: Hybridlösungen sind nicht nur möglich, wenn eine gedruckte Edition online gehen soll, sondern auch dann, wenn der umgekehrte Weg eingeschlagen werden soll. Ohne die Akzeptanz digitaler Arbeitstechniken wird dies jedoch nur schwer durchzusetzen sein. Das konnte der Workshop sehr deutlich zeigen.

* <http://www.ahf-muenchen.de/Arbeitskreise/empfehlungen.shtml>.